Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128. Freitag, den 2. Juni 1916. 23. Jahrg.

Die fünfzig Milliarden.

Mit der jetzt angesprochenen Kriegsanleihe wird die Summe, die das deutsche Volk seiner Regierung zur Kriegführung im Anleihewege zur Verfügung stellt, den Betrag von fünfzig Milliarden erreichen oder, nach neueren Meldungen, gar übersteigen. Fünfzigtausend Millionen, diese Zahl übersteigt das gewöhnliche Vorstellungsvermögen, sie übertrifft alle überlieferten Vorstellungen von verfügbaren Geldmengen, sie verbildlicht in der kalten eintönigen Ziffernreihe 50 000 000 000 unermeßlichen, unabschätzbaren Reichtum. Die Märchendichtung hat Schatzkammern mit gleißendem Gold und glitzerndem Edelgestein angefüllt, die Sage hat verwunschene Horte in das Bett der Ströme und in die Felsklüfte der Berge versetzt, Riesen und Zwerge, Zauberer und Hexen zu ihren Wächtern bestellt. Die Geschichte erzählt davon, daß die Avaren das geraubte Silber halb Europas in ihre ringförmigen Lager nach Ungarns Tiefebene verschleppt haben. Aber all die Reichtümer des Märchens, der Sage und der Geschichte erscheinen armselig gegen die Wertsummen, die da zusammengetragen worden sind, gegen fünfzig Milliarden Mark. Als Deutschland im Kriege von 1870 fünf Milliarden Mark in Gold an Kriegsentschädigung erhielt, konnten sich die Zeitgenossen vor Erstaunen über die Summe kaum fassen, Gelehrte schrieben Studien über die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Milliardenregens auf Deutschland und des Milliardenopfers auf Frankreich. Fünf Milliarden — das war durch anderthalb Menschenalter die größte Zahl, die große Zahl schlechtweg. Und nun ist sie klein und bescheiden geworden.

Ein anderer, ein gigantischer Maßstab für Vermögenswerte wird dem Volksdenken aufgezwungen. Vordem hat das Volk die Million mit Scheu und Staunen ausgesprochen. Nun sind ein paar lumpige Millionen nicht des Aufhebens wert, sind kein Gegenstand — sobald von den Staaten der Welt die Rede ist. Beträgt doch der Taglohn, den die Kriegsarbeit Englands beansprucht, schon 100 Millionen Mark und ihr Wochenlohn erreicht fast die Milliarde! — Der private Mensch, dessen Einkommen nach Hunderten, selbst nach Tausenden Mark im Jahre zählt, versinkt neben solchen Summen öffentlicher Aufwendungen in Nichtigkeit, private Vermögen von Hunderttausenden erscheinen als Unbeträchtlichkeiten. Der private Mensch fühlt sich ernichtigt durch die Riesenhaftigkeit, die der Staat angenommen hat und in so gewaltigen Zahlen veranschaulicht. Der Einzige und sein Eigentum — das sollte nach Max Stirner die Achse der Welt sein! Er ist aus den Himmeln seiner Einbildungen herabgeschleudert, über die Erde schreitet die Titanengestalt der Nationen, der Staaten: Ihre Erscheinung ist so riesengroß, daß sich der Größte selbst so recht als Zwerg empfinden muß.

Die Prägung der Volksmächte in solchen Zahlenbildern wirkt auf das private Denken zurück — es kann sein Selbstgefühl nicht mehr saugen aus der Armseligkeit der Einzelhabe, es denkt sich mit, fühlt sich und erhebt sich an den Gesamtzahlen des Staates. Die fünfzig Milliarden sind wie eine moralische Enteignung, denn sie machen den stolzesten Besitzer arm vor dem Reichtum des Volkes, der so sinnfällig in Erscheinung tritt.

Das ist freilich nur die eine Seite. Dieser Reichtum trägt gespenstischen Charakter und der Schatzglaube und die Hortscheu, womit die Volkserzählungen den Reichtum umgeben, haften auch an diesen Milliarden. Sie alle sind verkörpert in bedruckten Papieren und erscheinen also beinahe körperlos. Unsere überkluge Welt häuft nicht Goldtruhen wie der ägyptische Pharao, noch versenkt sie Ringe und Spangen auf den Rheingrund wie die Nibelungen, sie schafft Schuldforderungen und bescheinigt sie durch öffentliche Urkunden. Jene fünfzig Milliarden sind eine Schuld, welche das kommende Geschlecht abtragen wird an die heute Lebenden und ihre Erben, die den verbuchten Betrag vorgeschossen haben. Diese fünfzig Milliarden besagen, daß nach dem Kriege eine beträchtliche Masse von Rentnern zurückbleibt, die von dem Zinsengenuß ganz oder zum Teil leben werden und die das kommende Geschlecht deutscher Staatsbürger durch seine wertschaffende Tätigkeit befriedigen wird.

Deutschland war bisher kein Rentnerstaat — als solcher galt bloß Frankreich. Deutschland war ausgezeichnet durch die ehrende Besonderheit, daß es Vermögen fast erst erschuf: sowohl die wertschaffende Arbeit als auch die rastlose Unternehmertätigkeit hoben das Land vor allen anderen hervor. Auch sein gewaltiger Papierbesitz bestand nicht vorwiegend aus Renten, sondern aus Industriepapieren. Das heißt, man legte ersparte Kapitalien nicht in Staatsschuldpapieren an, sondern in industriellen Unternehmungen, die neue Werte schufen und neuen Arbeiterheeren Beschäftigung gaben. Gerade dieser Umstand war es, der Deutschland großgemacht hat, er ermöglichte es, bei der regsten Volksvermehrung seine gesamte Bevölkerung auf dem Heimatboden zu beschäftigen und der erste Industriestaat der Welt zu werden, wohingegen Frankreich, der Rentnerstaat, industriell zurückblieb und Mühe hatte, die Volkszahl von 1870 zu behaupten.

Man sieht es ist nicht gleichgültig, wie der Reichtum eines Volkes angelegt ist, und namhafte Volkswirte Deutschlands zeigen sich heute schon besorgt über die wirtschaftliche und soziale Gestaltung der nächsten Generation. Soll Deutschland am Ende auch zum Rentnerstaat werden, in dem ein großer Teil der Bewohner behaglich von immer gleichen Zinsen lebt und der Rest des Volkes seine Kinderzahl einschränkt, um die Zinsenlast auch aufbringen zu können? Und sie studieren die Frage, wie diesem Uebel zu begegnen sei. Die fünfzig Milliarden Kriegsanleihe sind — wenigstens zum größten Teil — industrielles und kommerzielles Kapital, das mangels Beschäftigung in zinstragendes, in Rentnerkapital verwandelt worden ist. Die Frage ist nun, ob eine Rückverwandlung möglich ist, wie sie erfolgen soll und binnen welcher Zeit sie erfolgen kann. Und das ist für das deutsche Volk eine Schicksalsfrage, die gelöst werden wird, sei es durch private, sei es durch öffentliche Mittel.

Aber dabei ist Deutschland nur ein Beispiel für alle kriegführenden Staaten, ja für ganz Europa. Dieser Erdteil erscheint bei Friedensschluß ganz überflutet von Milliarden — aber nicht von Milliarden Goldes noch von Milliarden industriellen und kommerziellen Kapitals, sondern von Milliarden von Rententiteln. Diese Tatsache kann die gesamte wirtschaftliche Struktur Europas umgestalten, seine Märkte wie seine Werkstätten, seine Städte wie seine Dörfer, und wohl ist möglich, daß an diese Milliardenschätze sich die Nibelungenlosung knüpft. Keineswegs ist eine solche Folge unerläßlich und unausweichlich. Es gilt für ganz Europa, diese unerwünschte Kapitalsform so rasch als möglich zurückzuverwandeln in wertschaffende Formen. Von selbst wird dieser Wandel kaum eintreten auch hier wird die staatliche Bewirtschaftung einzusetzen haben. Und so wird auch in dieser Richtung die staatliche Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses rücken und den privatwirtschaftlichen Gedankengängen einen engen Spielraum lassen.

(Wiener Arbeiterzeitung.)

Eine Seeschlacht in der Nordsee

Am Mittwoch nachmittag und in der Nacht zum Donnerstag ist es im nördlichen Teil der Nordsee zu einem

Treffen zwischen der deutschen und englischen Flotte

gekommen. Die erstere stieß bei einer nach Norden gerichteten Unternehmung, wie es in dem Bericht des Chefs des Admiralstabes heißt, auf einen Hauptteil der englischen Flotte. Bei den sich dann entwickelnden, zweifellos außerordentlich heftigen Kämpfen wurden außer einem englischen Unterseeboot und einer großen Anzahl von Torpedobootszerstörern ein Großkampfschiff, zwei englische Schlachtkreuzer, zwei Panzerkreuzer, ein kleiner Kreuzer und drei Zerstörerführerschiffe der englischen Flotte vernichtet und mehrere Schiffe haben Beschädigungen erlitten. Auf deutscher Seite sind der kleine Kreuzer „Wiesbaden“ (ca. 4500 To. Raumgehalt, Besatzung in Friedenszeiten etwa 400 Mann) und das Linienschiff „Pommern“ (13 200 Tonnen und 743 Mann Besatzung) durch feindliche Schüsse versenkt worden. Der Kreuzer „Frauenlob“ (2700 Tonnen und 280 Mann Besatzung), sowie einige Torpedoboote werden vermißt.

Ueber die Schlacht selbst wird man erst nähere Nachrichten abwarten müssen. Das eine aber kann man heute trotz der schmerzlichen Verluste unserer Schiffe schon sagen: England dürfte von dem Ausgang dieser Seeschlacht kaum befriedigt sein. Beträgt doch sein Tonnenverlust insgesamt ca. 112500, während sich der deutsche auf etwa 20400 beläuft. Das ist annähernd das Sechsfache des deutschen Verlustes, soweit es sich um größere Kampfschiffe handelt. Angesichts dieses Zahlenmaterials, das immerhin einen gewissen Anhalt für den Verlauf der Schlacht bietet, dürfte es kaum einen objektiv denkenden Menschen geben, der von einem Siege der englischen Flotte reden wird.

Von den Berliner Morgenblättern liegen bereits einige Aeußerungen vor. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Die große Seeschlacht, die von vielen diesseits und jenseits der Nordsee bereits zu Beginn des Krieges erwartet wurde, ist nun nach 22 Monaten ausgefochten worden. Sie ist, wie die Meldung unseres Admiralstabes besagt, in einer Form ausgelaufen, die in Deutschland lebhafte Freude und Genugtuung hervorrufen wird. Ehe genauere Nachrichten über den Hergang veröffentlicht werden, läßt sich nur ein ganz allgemein gehaltenes Urteil fällen, es lautet dahin, daß unsere Hochseeflotte einen großen Erfolg über die englischen Seestreitkräfte davon getragen hat. Welche Waffen in erster Linie zum Erfolg geführt haben, ob die Artillerie es war oder der Torpedo, ob die Torpedoboote oder Unterseeboote eine größere Rolle spielten, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Nur soviel ist sicher, daß auf englischer Seite die Verluste überaus schwer waren. Der Unsrige ist im Verhältnis zu dem errungenen Erfolge außerordentlich gering. Nach dem Bericht des Admiralstabes ist unsere Flotte glücklich wieder in den heimatlichen Hafen eingelaufen. Sie hat in offener Seeschlacht ohne jede Unterstützung der Küstenbefestigungen der mächtigsten Flotte der Welt eine siegreiche Schlacht geliefert. Ihrem Führer mit allen Kommandanten und Schiffsbesatzungen sagt ganz Deutschland seinen Dank.“

Diese Seeschlacht hat zweifellos wieder einer großen Reihe junger, blühender Menschen das Leben gekostet; wie groß die Zahl der Opfer ist, dürfte man wohl kaum erfahren. Daß sie aber einen gewaltigen Umfang angenommen hat, geht schon daraus hervor, daß von dem englischen Schlachtkreuzer „Indefatigable“ nur zwei Mann gerettet worden sind; die übrigen haben ihr Grab in den von Geschossen aufgepeitschten Meereswellen gefunden. Als fühlende Menschen wollen wir allen Opfern dieser furchtbaren Seeschlacht ein stilles Gedenken weihen, wollen im Geiste mit den zahlreichen Angehörigen der Ertrunkenen in Deutschland und England um ihre Lieben trauern.

WTB. Berlin, 1. Juni. (Amtlich.) Unsere Hochseeflotte ist bei einer nach Norden gerichteten Unternehmung am 31. Mai auf den uns überlegenen Hauptteil der englischen Kampfflotte gestoßen. Es entwickelte sich am Nachmittag zwischen Skagerak und Hornsriff eine Reihe schwerer, für uns erfolgreicher Kämpfe, die auch während der ganzen folgenden Nacht andauerten.

In diesen Kämpfen sind, soweit bisher bekannt, von uns vernichtet worden:

das Großkampfschiff „Warspite“,
die Schlachtkreuzer „Queen Mary“ und „Indefatigable“,
zwei Panzerkreuzer, anscheinend der Achillesklasse angehörend,
ein kleiner Kreuzer,
die neuen Zerstörerführerschiffe „Turbulent“, „Nestor“ und „Alcaston“,
sowie eine große Anzahl von Torpedobootszerstörern und ein Unterseeboot.

Nach einwandfreier Beobachtung hat ferner eine große Reihe englischer Schlachtschiffe durch Artilleriefeuer unserer Schiffe und durch Angriffe unserer Topedobootsflottillen während der Tagesschlacht und in der Nacht schwere Beschädigungen erlitten, unter anderem hat auch das Großkampfschiff „Marlborough“, wie Gefangenen-Aussagen bestätigen, Torpedotreffer erhalten.

Durch mehrere unserer Schiffe sind Teile der Besatzung untergegangener englischer Schiffe aufgefischt worden, darunter die beiden einzigen Ueberlebenden der „Indefatigable“.

Auf unserer Seite ist der kleine Kreuzer „Wiesbaden“ während der Tagesschlacht durch feindliches Artilleriefeuer und in der Nacht S. M. S. „Pommern“ durch Torpedoschüsse zum Sinken gebracht worden. Ueber das Schicksal S. M. S. „Frauenlob“, die vermißt wird und einige Torpedoboote, die noch nicht zurückgekehrt sind, ist bisher nichts bekannt.

Die Hochseeflotte ist im Laufe des heutigen Tages in unsere Häfen eingelaufen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das englische Großkampfschiff „Warspite“ faßte 29 000, „Queen Mary“ 30 000, „Indefatigable“ 19 500, die beiden Panzerkreuzer der Achillesklasse je 13 500, der kleine Kreuzer 4000 und die drei Zerstörerführerschiffe je 1000 Tonnen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kämpfe um den „Toten Mann" sind infolge angestrengten Bemühungen der Franzosen, sich wieder in den Besitz dieses wichtigen Punktes zu setzen, noch immer nicht abgeschlossen. Immer neue Massen schickten die Franzosen gegen diese Höhe vor, ohne bisher einen Erfolg erzielt zu haben. Am Mittwoch ist es ihnen nun gelungen, sich in einer Ausdehnung von 400 Metern am Südhang des „Toten Mannes" des vordersten Grabens der Deutschen zu bemächtigen. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte es sich hier jedoch nicht um einen dauernden Erfolg handeln.

Unsere Bundesgenossen haben an der italienischen Front einen erfreulichen Erfolg zu verzeichnen; sie haben **Asiago und Arsiero genommen.** Die Einnahmen dieser beiden Zentren der italienischen Verteidigungslinie stand unmittelbar bevor, seit die letzten Talsperren und beherrschenden Höhenstellungen in ihrer unmittelbaren Nähe von den Angreifern erstürmt worden waren: der Interrotto bei Asiago und der Cimone bei Arsiero. Die österreich-ungarische Heeresleitung dürfte nun ihr wesentlichstes strategisches Ziel erreicht haben. Indessen führt sie ihre Truppen über die gewonnene Linie noch weiter vor, vermutlich um die im Süden, Südwesten und Osten der beiden Plätze gelegenen feindlichen Stellungen im Interesse der größeren Sicherheit der neuen Linie unschädlich zu machen. Die diesem Ziel dienenden Operationen, von denen der neue Heeresbericht Mitteilung macht, haben zu neuen bedeutenden Erfolgen geführt.

Die Friedensbemühungen Wilsons werden von der englischen Presse natürlich verworfen. Die „Times" protestiert gegen Wilsons Aeußerung, daß die Ursachen und Ziele des Krieges Amerika nichts angingen, und daß Wilson oder ein anderes Staatsoberhaupt das Recht habe, eine Friedensbewegung früher oder später anzuregen, ohne auf die Ursachen und Ziele des Krieges Bezug zu nehmen. Wilson muß nicht glauben, daß seine Weigerung, über den Fall Belgien ein Urteil abzugeben, ihm Anspruch gibt, zwischen denen, die verräterisch angriffen, und denen, die sich rechtzeitig verteidigten, zu vermitteln. Es muß klar gesagt werden, daß die Alliierten nicht geneigt sind oder sein werden, zuzugeben, daß die innerpolitischen Interessen Amerikas sich in diesen Kampf um das Recht eindrängen. Die Alliierten werden auf die Friedensvorschläge nur hören, wenn sie von dem besiegten Feind kommen.

Lord Cromer schreibt in einem Brief an die „Times" über Wilsons Friedensrede: „Wilson darf nicht verkennen, daß die Engländer, so sehr sie auch wünschen, diesen großen Krieg zu Ende zu bringen, und so gern sie auch später auf ehrliche Weise praktische Vorschläge zur Vermeidung der Gefahr künftiger Kriege geben wollen, es ein für alle Mal ablehnen, unter anderen Bedingungen als den für sie selbst und die Alliierten annehmbaren Frieden zu schließen."

Der Dumapräsident Rodjanko hat einem Korrespondenten der „Petit Parisien" gegenüber den Mund sehr voll genommen. Er sagte: „Es gibt in Rußland keine Friedenspartei; die ganze Duma ist einig, daß der Krieg fortgesetzt werden muß, bis Deutschland seine Kanonen auf einen Haufen legt und sich den Wünschen der Alliierten beugt. Es ist die Ansicht aller Volksvertreter, auch der Bauern, daß wir kämpfen müssen, bis Deutschland nachgibt, auch wenn der Krieg 20 Jahre dauern sollte, und wenn auch unsere Alliierten bereit wären, einen Frieden zu schließen, wie Deutschland ihn haben will."

Die „Times" setzt sich in einem Artikel mit dem Vorschlag Churchills, in Indien neue Armeen zu bilden, auseinander. Interessant ist dabei das Eingeständnis, daß die indischen Truppen, die in Europa verwendet worden sind, vollkommen versagt haben. Der indische Sepoy kann dem europäischen Winter nicht so widerstehen wie der Neger, heißt es in dem Blatt, und er leidet an Heimweh. In Aegypten und Mesopotamien mag der Inder besser am Platze sein, aber die entscheidende Frage bleibt, ob es der Mühe wert ist, in Indien neue Heere zu bilden. Man muß überlegen, ob damit nicht Kraft an unpraktische Experimente verschwendet wird. Daneben weist die „Times" noch darauf hin, daß Indien keine Neigung zeige, seine Ausgaben für den Krieg zu vermehren. Auch spielt der Offiziersmangel mit, man habe unüberlegt englische Offiziere, die die einheimischen Sprachen kennten und daher die Truppen einüben könnten, bei englischen Regimentern in Dienst gestellt. Aber auch wenn man sie zurückrufe, werde es sehr schwer sein, neue indische Truppen mit Offizieren zu versehen. Ein guter indischer Unteroffizier lasse sich nicht so leicht heranbilden.

*

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich und südlich von Lens herrschte auch gestern lebhafte Artillerietätigkeit.

Links der Maas setzten die Franzosen abends erneute Kräfte zum Angriff gegen den „Toten Mann" und die „Cavalerie-Höhe" an. Am Südhang des „Toten Mannes" gelang es ihnen, in einer 400 Meter Ausdehnung in unseren vordersten Graben Fuß zu fassen, im übrigen sind die mehrfachen feindlichen Angriffe unter den schwersten Verlusten abgeschlagen.

Rechts der Maas wurden die Artilleriekämpfe fortgesetzt.

Oestlich der Oserfeyt drang einer deutschen Erkundungsabteilung in eine 150 Meter breite und 300 Meter tiefe in die französische Stellung ein und kehrte mit Gefangenen und Beute zurück.

Ein englischer Doppeldecker wurde westlich von Cambrai im Luftkampfe abgeschossen. Die Insassen (Offiziere) sind verwundet gefangen genommen.

Im französischen Tagesbericht vom 31. Mai 3 Uhr nachmittags wird behauptet, am 28. Mai seien 5 deutsche Flugzeuge durch die Tätigkeit der französischen Flieger und Abwehrgeschütze vernichtet worden. Wir beschränken uns für heute nicht mehr mit der Nichtigstellung feindlicher Berichte, möchten in diesem Falle aber, wo es sich um die Leistungsfähigkeit der jungen Fliegermaschinen handelt, doch bemerken, daß weder an dem genannten Tage, noch in der vorhergehenden Woche überhaupt irgend ein deutsches Flugzeug durch feindliche Einwirkung verloren ging.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Ein schwacher feindlicher Angriff an der Südspitze des Doiran-Sees wurde abgewiesen. Bei Tzuk (nordöstlich des Sees) wurden Serben in englischen Uniformen gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

*

Wien, 31. Mai. (Amtlich.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Erhöhte Gefechtstätigkeit an der bessarabischen Front und in Wolhynien dauert an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die unter Befehl Seiner k. u. k. Hoheit des Generalobersten Erzherzog Eugen aus Tirol operierenden Streitkräfte haben Asiago und Arsiero genommen.

Im Raume nordöstlich Asiago vertrieben unsere Truppen den Feind aus Gallio und erstürmten seine Höhenstellungen nördlich dieses Ortes. Der Monte Baldo und Monte Fiara sind in unserem Besitz. Westlich von Asiago ist unsere Front südlich der Assa-Schlucht bis zum eroberten Werk Punta Corbin geschlossen.

Die über dem Posina-Bach vorgedrungenen Kräfte nahmen den Monte Corbin Priafora.

Neuerliche verzweifelte Anstrengungen der Italiener, uns die Stellungen südlich Settale zu entreißen, waren vergeblich. In dem halben Monat seit Beginn unserer Angriffe wurden 30 368 Italiener, darunter 694 Offiziere gefangengenommen und 299 Geschütze erbeutet.

Heute früh belegten mehrere eigene Seeflugzeuge den Bahnhof und die militärischen Anlagen von San Giorgio di Nogara mit zahlreichen Bomben. Im Bahnhofsgebäude wurden vier Treffer beobachtet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der unteren Vojusa haben unsere Truppen italienische Patrouillen verjagt.

Lage unverändert.

*

Wien, 1. Juni. (Amtlich.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Unsere Stellungen in Wolhynien standen gestern wieder mehrere Stunden unter dem Feuer der feindlichen Artillerie. Nachtsüber mehrfach heftige Vorfeldgeplänkel.

Auch an der bessarabischen Front hält die Tätigkeit der Gegner an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere im Raum nördlich von Asiago gegen Osten vorrückende Kräfte haben die Gehöfte Mandriele erreicht und die Straße östlich von Monte Fiaro und Monte Baldo überschritten. Oestlich von Arsiero wurde der Monte Cenzo sowie die Höhen nördlich von Cogna und Treche erobert, 900 Italiener, darunter 15 Offiziere, gefangengenommen und 3 Maschinengewehre erbeutet. Bei Arsiero selbst faßten unsere Truppen auf dem südlichen Posina-Ufer Fuß und wiesen einen starken Gegenangriff der Italiener ab. Ebenso scheiterten feindliche Angriffe auf die Stellungen unserer Landesschützen bei Chiesa (im Brandal) und östlich des Passo Buole.

Die Nachlese im Angriffsraum ergab eine Vermehrung der gestern gemeldeten Beute auf 313 Geschütze, unsere sonstige Gesamtbeute ist noch nicht völlig zu übersehen. Bisher wurden 148 Maschinengewehre, 22 Minenwerfer, sechs Kraftwagen, 600 Fahrräder und eine große Munitionsmenge, darunter 2250 schwerste Bomben eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Gegen Rußland.

Der russische Generalstab

berichtet unterm 31. Mai von der Westfront: In der Nacht zum 29. Mai versuchte der Feind nach Artillerievorbereitung in der Gegend nordöstlich Augustinhof einen Angriff; er wurde aber durch unser Feuer in seine Gräben zurückgeworfen. Feindliche Flieger warfen einige Bomben auf den Bahnhof Wilejka und den Flecken Wosston (20 Kilometer). Galizien: In Gegend der Dorfes Hladki, 15 Kilometer nordöstlich von Tarnopol, richtete der Feind heftiges Feuer aus schweren und leichten Geschützen mit Bomben und Minenwerfern auf unsere Gräben. Er bereitete zu gleicher Zeit einen Infanterieangriff vor. Nachdem der Feind unsere Vorposten zurückgeworfen hatte, brachte er zwei unserer noch nicht vollständig geladenen Minengänge zur Explosion. Unsere herbeigeeilten Verstärkungen warfen die Oesterreicher in einem Gegenangriff aus unseren Gräben und stellten die alte Lage wieder her. Nordöstlich Zielona versuchte eine starke feindliche Abteilung sich unseren Gräben zu nähern, zog sich aber vor unserem Gewehr- und Handgranatenfeuer nach Zielona (6 Kilometer nördlich Buczaczs) zurück. Kaukasusfront: Die Lage ist unverändert.

Gegen England.

Opfer der Luftangriffe.

Der englische Minister des Innern gab im Unterhaus die Zahl der Opfer der Luft-Raids und der Raids zur See bekannt. Im Verlauf von fünf Angriffen zur See seien 141 Personen getötet (61 Männer und Frauen und 40 Kinder) und 600 Personen verletzt worden. Im Verlauf der 14 Luftraids seien 439 Personen getötet (221 Männer, 144 Frauen und 74 Kinder) und 1005 Personen verletzt worden. Im Verhältnis zu diesen Zahlen sei die Zahl der getöteten und verwundeten Soldaten und Matrosen sehr gering.

Gegen Italien.

Ein Lebensmittel-Ministerium in Italien.

Der „Temps" meldet: Die italienische Regierung soll sich mit dem Plane tragen, ein besonderes Ministerium für die Lebensmittelversorgung zu schaffen. Als dessen Inhaber wird der Führer der Reform-Sozialisten Bissolatti genannt. Sein Eintritt in das Ministerium erfolge nicht aus politischen Interessen, sondern aus Rücksicht auf die technischen Notwendigkeiten, die das Ministerium schon lange ernstlich beschäftigen.

Der Seekrieg.

Englische Falschmeldung.

Von französischer und englischer Seite wird die Nachricht verbreitet, daß die deutschen Dampfer „Pera", „Hebe" und „Worms" in der Ostsee versenkt worden seien. Diese Nachricht ist nach Berliner Meldung frei erfunden.

*

Angriffe von Frachtdampfern auf U-Boote.

Berlin, 31. Mai. (Amtlich.) Ein kürzlich von einer Unternehmung im Atlantischen Ozean zurückgekehrtes deutsches U-Boot versuchte am 2. Mai in der Nähe von Quessant einen etwa 3000 Tonnen großen Frachtdampfer ohne neutrale Abzeichen durch einen Warnungsschuß anzuhalten. Der Dampfer eröffnete darauf nach wenigen Minuten Feuer aus einem etwa 5 Zentimeter-Kaliber großen Hochgeschütz. Das deutsche U-Boot konnte sich durch Ablauf mit hoher Fahrt in Sicherheit bringen. Es gelang ihm aber später nicht, an den mit Zickzack-Kursen davonlaufenden Dampfer wieder heranzukommen.

Am Nachmittag des nächsten Tages folgte dasselbe U-Boot einem größeren Dampfer und schoß auf große Entfernung einen Warnungsschuß, um diesen zum Stoppen zu veranlassen. Der Dampfer eröffnete darauf sofort das Feuer aus einem Geschütz von etwa 12 bis 15 Zentimeter-Kaliber und das U-Boot lief mit hoher Fahrt davon.

Der Balkankrieg.

Die Bulgaren in Griechenland.

Die „Times" meldet aus Saloniki: Die Bulgaren sind nicht weiter auf griechisches Gebiet vorgedrungen. Sie haben alle griechischen Forts in der Gegend von Rupel besetzt. Wie verlautet, haben sie Truppen bei Rupel, Demir Hissar, Nevrokop und Hanti konzentriert, die eine Bedrohung für Serres, Drama und Kawalla bilden. Griechischen Berichten zufolge wurden vor der Übergabe des Forts 25 Bulgaren getötet und 45 verwundet. Unter den Verwundeten befinden sich 3 deutsche Offiziere.

Durch die bulgarische Besetzung des südlichen Ausganges der Struma-Enge wird die Bahn Demir—Hissar unter bulgarisches Feuer gelegt, die Verbindung Saloniki—Serres unterbrochen und ein etwaiges weiteres bulgarisches Vorgehen erleichtert.

Athener Berichten zufolge bekunden nur die Venizelisten, die bisher jeden Gewaltakt der Verbündeten in Griechenland guthießen, große Entrüstung über den Einfall der Bulgaren und bezeichnen ihn als ein nationales Unglück; sie prophezeien schreckliche Gewalttaten gegen die Bevölkerung Mazedoniens durch die Bulgaren. Die Haltung der griechischen Regierung war in diesem Falle vorgezeichnet. Entsprechend dem Wunsch des griechischen Volkes, die Neutralitätspolitik fortzusetzen, konnte die Regierung den Deutschen und Bulgaren zumal, nachdem über die spätere Rückgabe der jetzt besetzten Gebiete verbindliche Zusicherungen gegeben waren, keinen Widerstand entgegensetzen, weil dies zu einem unerwünschten Bruch mit den Zentralmächten und ihren Verbündeten hätte führen müssen. Die Regierung gab also, wie früher bei Saloniki, Kara Burnu, Donatepe nach und beschränkte sich auf einen formellen Protest.

*

Italienisch-griechische Kämpfe.

Griechischen Blättern zufolge hat eine starke italienische Armeegruppe die Vagumica besetzt und ist bis Kalarath vorgedrungen. Hier leisteten ihr griechische Truppen Widerstand. Die Italiener mußten sich nach Kampf zurückziehen.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

berichtet unterm 31. Mai: An der Irakfront keine Veränderung. An der Kaukasusfront vertrieben wir Erkundungsabteilungen, mit denen der Feind gegen unsere Stellung vorgehen wollte. Auf dem linken Flügel kam es nur zu örtlichen Artilleriekämpfen. Am 29. Mai warfen feindliche Flugzeuge 30 Bomben auf einige Stadtviertel von Smyrna, wobei sie mehrere Personen teils töteten, teils verletzten und einige Häuser beschädigten. Am 27. Mai gingen ein feindliches Torpedoboot und feindliche Flugzeuge gegen El Arisch vor. Von einem Flugzeug geschleuderte Bomben verletzten sieben Personen. Zwei unserer Flugzeuge griffen das Schiff und die Flugzeuge des Feindes vor El Arisch an, warfen mit Erfolg Bomben und feuerten aus Maschinengewehren.

*

Meuterei indischer Truppen.

Wie aus London gemeldet wird, haben laut Mitteilung aus Aden Anfang Mai zwei Regimenter indischer Truppen südlich Kairo gemeutert. Sechzehn europäische Offiziere und annähernd 100 englische Soldaten kamen dabei ums Leben. Die Ursache der Meuterei solle in der ungünstigen Ernährung zu suchen sein, weil die Lebensmitteltransporte ausgeblieben waren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode.

Dem „Berl. Tageblatt" wird gemeldet, daß der Reichstag sich nach neueren Dispositionen voraussichtlich nur bis zum Oktober vertagen wird. Eine Vorlage auf Verlängerung der Legislaturperiode stehe in sicherer Aussicht und zwar werde die Verlängerung um ein Jahr gefordert werden. — Das Blatt fordert, die Regierung möge ihre Absicht doch rechtzeitig im Reichstage ankündigen, damit sich die Parteien auf die Verlängerung einrichten können; denn es sei für diese ein dringendes Bedürfnis, rechtzeitig zu wissen, ob Neuwahlen stattfinden oder nicht.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Mittwoch, den Etat abzulehnen und diese Ablehnung durch eine Erklärung zu motivieren. Zu Rednern wurden bestimmt für die Ernährungsfrage Hofmann-Kaiserslautern und Schmidt-Berlin, für die Herabsetzung der Altersgrenze Molkenbuhr, für das Kriegskontrollgesetz Rauch und für das Kaligesetz Brey und Sachse.

Anfrage im Reichstag.

Abg. Stadthagen hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Von der Polizeibehörde für Berlin-Friedrichsfelde ist die Abhaltung einer öffentlichen, für den 31. Mai geplanten Versammlung mit einem Referat über die Lebensmittelfrage versagt, „weil nach den vom Oberkommando in den Marken aufgestellten Grundsätzen öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder diesen gleich zu achtenden Vereinigungen in keinem Falle gestattet werden dürfen." Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf Aufhebung solcher durch den Oberbefehlshaber in den Marken angeordneten Beschränkung des reichsgesetzlichen Versammlungsrechts hinzuwirken und Maßnahmen zu treffen, die es der Bevölkerung ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen gegen die Zurückhaltung und Preissteigerung von Lebensmitteln und für Übernahme der Produktion der Nahrungsmittel durch das Reich Stellung zu nehmen?

Vereinfachung der Beköstigung in Gast- und Speisewirtschaften.

Der Bundesrat beschloß in seiner Sitzung am 31. Mai 1916 eine Verordnung zur Vereinfachung der Beköstigung. Danach dürfen in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden. In einer Mahlzeit darf jedem Gaste nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Feste Speisenfolgen

dürfen höchstens aus Suppe, zwei Gängen und Nachtisch bestehen. Auch sonst sind noch verschiedene Vereinfachungen vorgesehen. Die Verordnung tritt am 7. Juni in Kraft. (WTB.)

Kriegskontrollgesetz.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes zugegangen, der im wesentlichen besagt:

Der Rechnungshof wird ermächtigt, für die Rechnungslegung über Einnahmen und Ausgaben des Reichs und der Schutzgebiete bis zum Schlusse des Rechnungsjahres, in dem der Krieg beendet wird, Erleichterungen anzuordnen oder auch von der Legung einzelner Rechnungen ganz abzusehen. Der Rechnungshof wird ferner ermächtigt, die Prüfung der Rechnungen über diese Einnahmen und Ausgaben nach seinem Ermessen zu beschränken oder sie an seiner Stelle einzelnen Mitgliedern des Rechnungshofs oder den Verwaltungsbehörden zu übertragen und hierbei eine vereinfachte Prüfung zu gestatten. Auch kann die Mitwirkung von kaufmännischen oder anderen Sachverständigen bei der Rechnungsprüfung zugelassen werden. Dieses neue Gesetz ist notwendig geworden, weil infolge des Krieges das ganze umständliche System der Rechnungskontrolle Schiffbruch gelitten hat. Welches Personal und welchen Zeitraum die vorschriftsmäßige Prüfung der Kriegsrechnungen beanspruchen würde, dafür bietet die Tatsache einen Anhalt, daß die Prüfung der Rechnungen aus dem Kriege 1870/71 trotz Verwendung vieler Hilfskräfte einen Zeitraum von rund zehn Jahren erfordert hat. Wenn daher die Abwicklung des Rechnungswesens aus dem jetzigen Kriege sich nicht auf Jahrzehnte erstrecken und nicht unverhältnismäßige Kosten verursachen soll, so werden wesentliche Vereinfachungen über die bereits durch das Reichskontrollgesetz vom 4. April 1915 zugelassenen Erleichterungen hinaus nicht zu umgehen sein.

So sehr man eine Vereinfachung der Rechnungskontrolle wünschen muß, so sehr muß auch darauf bestanden werden, daß die Kontrolle genau ist, ganz besonders bei den ungeheuren Summen, um die es sich in diesem Kriege handelt.

Die neue Besoldungsordnung.

Die Regierung hat dem Reichstag den Entwurf einer Ergänzung des Besoldungsgesetzes wieder zugehen lassen. Der Entwurf hat den Reichstag bereits beschäftigt. Damals ist eine Erhöhung der Gehälter der gehobenen Postunterbeamten beschlossen worden. Die Regierung erklärte, daß damit die Novelle für sie unannehmbar würde. Der Reichstag blieb jedoch auf seinen Beschlüssen bestehen und die Folge war, daß das Gesetz scheiterte. Am schwersten getroffen waren die Unterbeamten, die nun auch keine Gehaltserhöhung bekamen. Bei den letzten Beratungen in der Budgetkommission ist von verschiedenen Rednern, insbesondere auch vom Abg. Ebert, die Wiedereinbringung der Besoldungsvorlage gefordert worden. Die Regierung sagte das zu, und diese Zusage hat sie jetzt eingelöst. Die Vorlage enthält auch die längst geforderte Aufbesserung der Deckoffiziere. — Ob die Vorlage vor dem Spätherbst erledigt werden kann, ist allerdings sehr fraglich, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Parteien auf eine Kommissionsberatung verzichten werden.

Steuerpläne.

Wie üblich, ist auch diesmal die Steuerkommission des Reichstages mit einer ganzen Menge Steuerpläne beglückt worden, die ihr in der Form von Petitionen zugegangen sind. Diesen Vorschlägen ist das eine gemeinsam, daß ihr jeweiliger Urheber von der von ihm vorgeschlagenen Steuer nicht getroffen worden wäre. Es ist stets eine bedenkliche Sache, wenn gewisse Interessenten Steuern für ihre Konkurrenz ausarbeiten, und diese Bedenken treffen auch für die meisten der Vorschläge zu, die der Steuerkommission zugegangen sind. Sie bezogen sich auf:

1. Reichs-Monopole, und zwar: Branntwein-Monopol, Reichs-Kohlenvergasungsmonopol, Reichs-Ackerberegnungs-Monopol;
2. Aenderung oder Abschaffung bestehender Gesetze, wie Zuwachssteuergesetz, Börsensteuergesetz, Abschaffung aller persönlichen Steuern, Weitererhebung des Wehrbeitrages, Verstaatlichung verfallener Patentrechte;
3. neue Steuern u. a. folgender Art: Junggesellensteuer, nicht unter 100 Mk. pro Mann und Jahr, Steuer für kinderlose Ehepaare, nicht unter 200 Mk. pro Ehepaar und Jahr, Anzeigensteuer, Fenster- und Balkonsteuer, Luxuspferdesteuer, Steuer auf Besuch von Gastwirtschaften, Gehalts- und Lohnsteuer, Steuer zur Beseitigung der Sozialdemokratie, Steuer auf Auswüchse der Hut- und Kleidermode, Reichshundesteuer, Ansichtskartensteuer, Steuer auf alle menschlichen Bedürfnisse.

Die ganzen Pläne, die ihren Urhebern manchen Schweißtropfen gekostet haben mögen, sind nun in den Papierkorb gewandert.

Die gesetzwidrige militärische Diktatur.

In der Besprechung der Zensurdebatten im Reichstage gesteht die parlamentarische „Nationalliberale Korrespondenz" zu:

„Einen Erfolg freilich hatte Genosse Dittmann zu buchen: den bündigen Beweis, daß bei Erlaß des Belagerungszustandsgesetzes von 1851 es dem Gesetzgeber ferngelegen hat, eine militärische „Diktatur" herbeizuführen; vielmehr sollten die militärischen Befehlshaber gegenüber der Regierung und diese gegenüber dem Parlament die verfassungsgemäße Verantwortlichkeit tragen."

Der neue Berliner Polizeipräsident und die Sozialdemokratie.

Ueber den zum Polizeipräsidenten Berlins ernannten Herrn v. Oppen, schreibt die „Breslauer Volkswacht" im Anschluß an die Bemerkung, daß sie den zum Staatssekretär für Elsaß-Lothringen ernannten Oberpräsidenten von Tschammer nur ungern scheiden sehe:

„Das gleiche können wir bei Herrn v. Oppen allerdings nicht sagen, obgleich er 1909 dem ultrareaktionären Herrn Brenco folgte, und es nicht schwer gehabt hätte, sich von ihm recht vorteilhaft abzuheben. Seine erste Tat gegenüber der Arbeiterschaft war die Auflösung der freien Jugendorganisation, und unter seinem Regiment blieb die Verfolgung der Arbeiterbewegung in unserer Stadt unverändert, bis auf den einen Lichtpunkt der Genehmigung des Gewerkschaftsumzuges im Jahre 1912. Leider blieb sie vereinzelt. Später wurden Turner- und Sängerumzüge untersagt, und was am letzten schlesischen Arbeitersängerfest in Breslau-Morgenau sich ereignete, daran wollen wir in dieser todfriedlichen Scheidestunde nicht erinnern. Herr v. Oppen ist ein Freund des Reichskanzlers Bethmann. Vielleicht hat diese persönliche Bekanntschaft mehr auf ihn aufmerksam gemacht als die Erfahrungen, die wir oft mit ihm machen mußten, und die sich auch während des Krieges — siehe die Auflösung der Bauer-Versammlung — nicht erheblich geändert haben."

Der Krieg und die Presse.

Das Organ der deutschen Zeitungsverleger, „Der Zeitungsverlag" hat festgestellt, daß von den deutschen Zeitungen und Zeitschriften seit Ausbruch des Krieges bis jetzt ihr Erscheinen eingestellt haben: dauernd 1067 Blätter, darunter 221 politische Tageszeitungen; vorübergehend: 1295, darunter 287 politische Tageszeitungen; also insgesamt 2362, darunter 508 politische Tageszeitungen. Dem Rückgang steht durch Neuanmeldung bei der Post ein Zuwachs von 942 Blättern, darunter 210 politische Tageszeitungen während der bisherigen Kriegsdauer gegenüber.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 2. Juni.

Die neuen Reichssteuern bilden das Thema, über welches morgen, Sonnabend abend, in der Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Reichstagsabgeordnete für Cannstatt-Ludwigsburg, Genosse Wilhelm Keil ein Referat halten wird. Gerade für die Arbeiterschaft handelt es sich hierbei um Fragen von weittragender Bedeutung. Die Parteileitung darf daher wohl erwarten, daß alle Mitglieder, besonders auch die weiblichen, erscheinen werden. Genosse Keil hat die Materie bekanntlich bei der ersten Lesung der Steuervorlagen im Reichstag eingehend behandelt und ist ein genauer Kenner derselben. Die Versammlung wird im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten.

Die Mehrheit des deutschen Volkes und die Kriegsziele der Herren v. Gräfe und Stresemann. Im Reichstage haben am Dienstag die genannten beiden Abgeordneten Reden gehalten, in denen besonders der erstere und auch ein nationalliberaler Vertreter der große Kriegsgewinne einsteckenden Schwereisenindustrie wütende Attacken gegen die Reichsregierung hielten und für uferlose Annexionen eintraten. Sie wollen einen Frieden erst haben, wenn Deutschland weitere Millionen von Menschen und weitere Milliarden an Kapital und noch weiteres Wohl von vielen Tausenden seiner Familien geopfert hat und um diesen Preis dasteht als Herrscher von ganz Europa. Dieses bluttriefende Deutschland, das damit nach ihrer Hoffnung in einigen Jahren als Sieger ganz Europa beherrscht, soll dann rücksichtslos mit der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker umspringen. Das ist kulturwidrig, das ist volksfeindlich, das ist gemeingefährlich. Wer solche Ziele hat und solche Programme verkündet, der muß die Empörung eines jeden Menschen, welcher den Frieden höher als den Krieg schätzt, welcher Kulturarbeit haben will, wachrufen. Wer so vorgeht, gibt unseren Feinden Waffen in die Hand; und wenn die Mehrheit des deutschen Volkes dächte wie diese Leute, so würde Deutschland in der Tat etwas sein, was die anderen Nationen mit der äußersten Schärfe des Schwertes auf das rücksichtsloseste und bis zum Untergang zu bekämpfen hätten.

Aber dem sonst so regierungsfrommen Lübecker Amtsblatt hat das sehr wohlgefallen. Es frohlockt darüber und meint, „die Aufnahme der Ausführungen der Abgeordneten Stresemann und v. Gräfe bei der großen Mehrheit des Volkes würde zweifellos ihrer Aufnahme im Reichstage entsprechen." Nun ist es aber eine Tatsache, daß man nur auf der rechten Seite des Reichstages den Produktionen jener Politiker Beifall spendete und diese rechte Seite bedeutet lange nicht die Reichstagsmehrheit. Wenn demnach die „Lübeckischen Anzeigen" der Meinung sein sollten, daß auch nur eine Minderheit des deutschen Volkes hinter den Anschauungen von Gräfe und Stresemann steht, so haben sie zweifellos recht. Wenn man die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen heranzieht, so zeigt sich folgendes Bild: Die Konservativen und die Reichspartei brachten zusammen 1 509 000 Stimmen auf; die Wählerschar der Antisemiten, Mittelständler und Landbündler bezifferte sich auf 376 000 und die Nationalliberalen hatten eine Gefolgschaft von 1 723 000 Mann. Zusammen sind das 3 608 000 Wähler, die die Herren v. Gräfe, Stresemann und Gesinnungsgenossen in den Sattel heben. Demgegenüber kann allein die Sozialdemokratie auf eine Stimmenzahl von mehr als 4¼ Millionen hinweisen; also der Teil des deutschen Volkes, der hinter ihr steht, ist demnach viel größer als derjenige, von dem die Annexionisten immer als „das deutsche Volk" sprechen. Wenn wir schließlich noch erwähnen wollen, daß insgesamt 12 207 000 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl abgegeben wurden, so kann man daraus leicht erkennen, wie wenig berechtigt es ist, die um Gräfe und Stresemann als die Meinungsträger unseres Volkes auftreten zu lassen. Und wenn jetzt Wahlen unter der Parole für oder gegen eine derartige Kriegspolitik stattzufinden hätten, so würden die Annexionisten ihr blaues Wunder erleben. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit will den baldigen Frieden ohne Vergewaltigung anderer Völker. Für die Kriegsziele von Gräfe und Stresemann würde wohl kein vernünftiger Mensch sein Leben hingeben wollen, am wenigsten vielleicht gewisse Lobpreiser solcher Politik selbst, und die wären doch eigentlich die Nächsten dazu, wie Frau Paster sagen würde.

Ein zweiter Sozialdemokrat als Mitglied einer lübischen Behörde. Der Senat hat den Genossen Paul Löwigt zum bürgerlichen Deputierten bei der Behörde für das Feuerlöschwesen erwählt. — Genosse Hoff ist bekanntlich seit einiger Zeit Mitglied der Steuerbehörde.

Austausch der älteren Jahrgänge des Landsturms. Amtlich wird gemeldet: Aus verschiedenen Mitteilungen der Tagespresse und den in letzter Zeit beim Kriegsministerium sich häufenden Anträgen auf Entlassung älterer Landsturmleute geht hervor, daß irrige Ansichten über den eingeleiteten Austausch der ältesten Jahrgänge des preußischen Landsturms der Aufklärung bedürfen. Da Landsturmmannschaften der ältesten Jahrgänge sich seit geraumer Zeit, zum Teil schon seit Beginn des Krieges, in vorderster Linie oder in dem anstrengenden und wichtigen Sicherungsdienst der Etappen- und Generalgouvernements-Gebiete befanden, schien ihre allmähliche Ablösung durch jüngere Landsturmmannschaften aus dem Heimatdienst angezeigt. Im allgemeinen ist daher die Ablösung und Zurückführung zunächst der 1870 und früher, demnächst die der 1871 und 1872 geborenen Mannschaften durchgeführt oder in die Wege geleitet worden. Der alleinige Zweck des Austausches ist, diesen seit längerer Zeit im Felde stehenden Landsturmleuten der ältesten Jahrgänge die Erleichterungen des Dienstes bei den Truppen des Besatzungsheeres zu verschaffen, nicht aber, wie fälschlicherweise angenommen worden ist, ihre Entlassung aus dem Heeresdienst herbeizuführen. Er betrifft auch nicht Landsturmmannschaften älterer Jahrgänge, die noch garnicht eingezogen waren. Alle weiteren in der breiten Oeffentlichkeit damit in Zusammenhang gebrachten Meinungen über unzulässige Musterung und Neueinstellung der seit 1869 Geborenen, über beabsichtigte Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms usw. sind irrig. Die Einziehung Wehrpflichtiger, auch wenn sie zurzeit über 45 Jahre alt geworden sind, ist nach § 27 des Gesetzes betreffend Aenderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 zulässig. Die Entlassung nicht kriegsverwendungsfähiger Mannschaften, die für militärische Aufgaben nicht gebraucht werden, aus den Ersatztruppen kann ohne Rücksicht auf das Lebensalter von den stellvertretenden Generalkommandos genehmigt werden.

Auslandsbutter. Die Kommission des Senates für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Futterstoffen gibt bekannt, daß von Sonnabend dieser Woche an Auslandsbutter in der Markthalle und auf der Freibank des Schlachthofs nicht mehr verkauft wird. Infolge der reichlichen Zufuhren von frischer Butter war bereits seit mehreren Wochen ein erhebliches Abflauen der Nachfrage zu beobachten. In den letzten Tagen wurde Auslandsbutter kaum noch gefordert. Es steht zu erwarten, daß der Butterbedarf durch die Inlandbutter gedeckt werden wird.

Extraktion von Gerbrinden. Im 1. Juni 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Verbot der Extraktion von Gerbrinden erschienen. Durch diese Bekanntmachung wird es untersagt, Auszüge (Extrakte) aus Eichen- oder Fichtenrinde oder Lohe durch heiße Flüssigkeiten, durch Dämpfe, durch Pressen oder nach vorheriger Zerkleinerung der Rinde oder Lohe zu Mehl sowie überhaupt unter Benutzung anderer Mittel als kalten Wassers herzustellen. Abdrucke der Bekanntmachung sind bei der Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung für Leder und Lederrohstoffe, Berlin W. 8, Behrendstraße 46, erhältlich. Von dieser Stelle können auch Vordrucke zu Anträgen um Bewilligung einer Ausnahme von den Bestimmungen der Bekanntmachung bezogen werden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Seifenersatz. Mit jedem Tage häufen sich die Angebote von Ersatzmitteln. Aber nur wenige der angepriesenen Waren sind als Ersatz d. h. als solche Waren anzusehen, die dem zu Ersetzenden als vollständig oder beinahe gleichwertig an die Seite gestellt werden können. Bei der übergroßen Mehrheit der angebotenen „Ersatzwaren" handelt es sich um minderwertige Erzeugnisse. Sie mögen hin und wieder geeignet sein, eine kleine Lücke des täglichen Bedarfs auszufüllen. Immerhin ist bei ihren Ankauf stets große Vorsicht geboten. Dies gilt besonders gegenüber den vielen Seifenersatzangeboten. Als Seifenersatz wird jetzt allenthalben eingepreßter Ton in den Handel gebracht. Die Verkäufer scheuen sich nicht, diesen Ton als hervorragenden Seifenersatz aus reinem Naturprodukten von großer Waschkraft, als „bewährtesten und billigsten", als „vorzüglichen und vollwertigen" Seifenersatz anzupreisen, obwohl er Seife nicht im entferntesten zu ersetzen vermag. Gerade beim Waschen von Stoffen kann und darf dieser Ton wegen seines ungünstigen Einflusses auf die Gewebe keine Verwendung finden. Ob er zum Waschen der Hände oder zum Scheuern des Bodens geeignet ist, dürfte recht zweifelhaft sein. Je verlockender die Anpreisungen abgefaßt sind und je billiger der geforderte Preis erscheint, desto größere Zurückhaltung ist geboten. Die Verkäufer aber, die solch minderwertige Ware unter unwahren und irreführenden Angaben in den Verkehr bringen, machen sich unbeachtet der etwa bestehenden besonderen Kriegsverordnungen des unlauteren Wettbewerbs und Betrugs schuldig. Sie haben die Pflicht, die Waren auf ihren Wert zu prüfen und nur dem festgestellten Wert entsprechend dürfen sie die Waren anpreisen.

Aufgespießt. Beim Spielen kletterte gestern nachmittag gegen 5 Uhr in der Lindenstraße der etwa zehnjährige Sohn des Kaufmannes Käbitz über ein eisernes Gitter. Dabei spießte er den rechten Schenkel auf eine Spitze des Gitters auf. Auf sein Geschrei befreiten ihn größere Knaben aus seiner schlimmen Lage. Das Kind mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Milchverfälschung brachte den Milchhändler R. aus Genin am Dienstag vor das Lübecker Schöffengericht. Er ist geständig, etwa 9 Liter Milch mit 3 Liter Wasser vermischt zu haben, um sie so in den Handel zu bringen. R. behauptet jedoch, nichts davon verkauft zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 200 Mk. Geldstrafe.

Die Kriegsküche wird am Montag, dem 5. Juni im Hause Moislinger Allee 55 eine neue Speiseausgabestelle eröffnen. Näheres siehe Inserat.

Besuch der Volksküche im Monat Mai. Es wurden 20 344 große und 11 618 kleine Portionen, im Ganzen 31 962 Portionen abgegeben. 31 Tage wurde gekocht, pro Tag also 1031 Portionen. Ferner wurden 8182 große Tassen Kaffee zu 5 Pfg. gleich 406,60 Mark und Abendessen für 2681,95 Mk. verabfolgt. 5300 Kinder wurden für 10 Pfg. gleich 530 Mk. gespeist. Außerdem wurden noch täglich 150 Soldaten zweimal gespeist.

pb. **Ein Betrüger.** Ermittelt und festgenommen wurde der mehrfach wegen Betruges vorbestrafte, jetzt in Fackenburg wohnhafte Barbier Blajeh, der angeblich im Auftrage des Roten Kreuzes Haussammlungen veranstaltete und hierbei das Band des eisernen Kreuzes im Knopfloch trug, obwohl der Betrüger nie Soldat gewesen war.

pb. **Entwendeter Photographie-Apparat.** Aus dem Hausflur eines Hauses in der Glockengießerstraße ist am Sonnabend ein Photographie-Apparat 9 × 12 gestohlen worden. Der Apparat ist ein sog. perisskopischer Stativ-Apparat mit imitiertem Leder überzogen. Zum Schließen der Blende dient ein Ball, der aber an dem Apparat fehlte, als er gestohlen wurde. Als Dieb kommt ein unbekannter Bettler in Betracht.

pb. **Fahrraddiebstähle.** Am 29. v. M., abends gegen 8 Uhr, ist ein an der Untertrave, Ecke der Beckergrube, hingestellt gewesenes Fahrrad Marke Schnell, an dem sich die Kontrollnummern 5307 befanden, gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. Der hintere Laufmantel war geflickt. — Ebenfalls gestohlen ist ein am 31. v. M. bei der Ortskrankenkasse hingestellt gewesenes Fahrrad, welches ein Markenschild mit der Aufschrift „Brügmann, Schönberg" trug. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ist ohne Freilauf und Rücktrittbremse.

Schwartau-Rensefeld. Der Sozialdemokratische Verein hält heute abend im Gasthof Transvaal seine Mitgliederversammlung ab. Niemand fehle.

Bremen. Eine gerechte Bestrafung, die auf alle Fälle mehr fruchten wird, als die bisherigen Geld- und Freiheitsstrafen, erhielt ein Bäckermeister in Bremen. Er mischte zu dem Mehl für seine Backwaren Sand und Asche in größeren und kleineren Mengen. Dem kaufenden Publikum fiel die Beschaffenheit des Gebäcks auf und es erstattete Anzeige. Der Bäckermeister wurde verurteilt; er mußte 2100 Mark an Geldstrafe bezahlen und außerdem — das Urteil dreimal 24 Stunden in seinem eigenen Schaufenster zur allgemeinen Ansicht aushängen.

Bremen. Zu den Parteidifferenzen in Bremen. In der schon gemeldeten Angelegenheit gegen den Geschäftsführer, Genossen Rose von der „Bremer Bürgerzeitung" und gegen die Firmenträger des Parteiunternehmens nahm die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Bremen in einer weiteren Sitzung eine Resolution an, in der die Kündigung Roses aufrecht erhalten wird. Ferner wurde eine Kommission eingesetzt, die versuchen soll, in Verhandlungen mit dem Parteivorstand in Berlin einen anderen Gesellschaftsvertrag in Sachen des Bremer Parteigeschäfts zu erzielen, der den Bremern das Entscheidungsrecht einräumt.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Preußische Verlustliste Nr. 544.
Bayerische Verlustliste Nr. 270.
Württembergische Verlustliste Nr. 393.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt".

Eine Bekanntmachung betreffend Verbot der Extraktion von Gerbrinden (Nr. Ch. II 1000/4. 16 K. R. A.) vom 1. Juni 1916 wird heute in den amtlichen Blättern veröffentlicht und ist bei den Polizeibehörden einzusehen. (2560

Altona, den 1. Juni 1916.

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Bekanntmachung.

Der Preis für den von der Haferausgabestelle des Polizeiamts abzugebenden Hafer wird vom 1. Juni ab auf 36 Mark für den Doppelzentner erhöht.

Lübeck, den 31. Mai 1916.

2569 **Das Polizeiamt.**

Auslandsbutter

Der Verkauf von Auslandsbutter in der Markthalle und auf der Freibank im Schlachthof wird von **Sonnabend, den 3. Juni** an eingestellt. 2567

Taschenuhren Wanduhren Goldwaren Silberwaren Verlobungsringe empfiehlt billigst **Willy Westfeling.** Uhren-Reparaturen bill. 32 Holstenstraße 32 2559

Danksagung.

Für die mir von den Arbeitern der Firma Kuck überwiesene Unterstützung sage ich meinen herzlichsten Dank. (2577

F. Kreutzfeldt, Friedenstr. 52.

Am 29. Mai erhielten wir die tieferschütternde Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Reservist (2565

August Fiencke

ausgezeichnet mit dem Oldenburgischen Verdienst-Kreuz und zuletzt noch mit dem Eisernen Kreuz, bei einem Sturmangriff durch einen Lungenschuß schwer verwundet; am 24. Mai im Lazarett verstorben ist.

Aufs tiefste betrauert und schmerzlich vermißt von seinen Eltern, Bruder und Schwägerin.

H. Fiencke und Frau, Groß-Varin.

Feldwebel **Fiencke,** zurz. im Felde, **und Frau,** Oldenburg i. Gr.

Schuhmacherwerkstatt mit **Wohnung** sof. od. spät. z. verm. 2554) Näh. in der Exp. d. Bl.

Wohnung auf dem Lande ges. von älteren Leuten. (2568 Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein Kachelherd, 1.35 lang u. **ein transportabler Kachelofen** zu verkaufen. (2571 Näheres Engelswisch 31.

Ein heller Kinderwagen und **Sommode** zu kaufen ges. Ang. unt. **S E 7** an die Exp. (2568

Zu kaufen gesucht ein größer. guterhaltener **Teppich u. Läufer.** Angebote unter **S W 28** an die Exped. d. Bl. (2564

Photographien—Postkarten Vergrößerungen nach jedem Bilde in feinst. Ausführ. zu kleinst. Preis. **Atelier Modern** 39 Breite Straße 39. Hans Hirschfeld. (2558

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.

z. B. komplet Betten v. 12.50 M an Federn per Pfd. v. 45 ₰ b. 4 M.

Rote Lubeca-Marken.

Markthallenstand 46. (2572

Sonnabend frisch eintreffend: große Frau **Ostsee- und Nordseefische.**

Seelachs . . . . . Pfd. 90 ₰
Schellfisch . . . . . „ 90 ₰
Butzungen . . . . . „ 100 ₰
Goldbutt Pfd. 40, 50, 60 ₰
Goldbutt, große . Pfd. 70 ₰

Johannes Bay, Markthallenst. 46.

Preiswerte Angebote in Damen-Konfektion

BLUSEN

Haus-Blusen	aus gestreift. u. einfarb. imit. Wien. Leinen, halsfrei u. geschloss., m. Stick. u. Falt. verarb.	**1.95**	2.95 3.75	3.25 3.95
Sommer-Blusen	mod. Machart, aus gestreift. und getupft. Musselin u. Satin u. schwarz/w. karierten Stoffen	**2.95**	3.45 4.45	3.90 5.75
Sommer-Blusen	aus Baumrindenkrepp, weiß und mit farb. Streublum., teils m. Schoß gearb.	**3.95**	4.45 5.95	4.95 6.25
Sommer-Blusen	aus Batist, mit Stickerei und Hohlsäumen reich verarbeitet	**2.75**	3.45 4.25	3.75 4.80
Eleg. weiße Blusen	aus feinem Schleierstoff, teils bestickt, in modern., hochaparter Ausführung	**4.80**	5.75 7.75	6.50 9.50
Schwarze Blusen	elegantester Machart, in Satin und Schleierstoff, glatt u. bestickt . . .	**3.75**	4.25 6.50	5.75 7.75

RÖCKE

Praktische Röcke	halbweite Form, aus klein gemust. Stoffen solidester Qualität	**3.75**	4.25 5.50	4.75 6.75
Sommer-Röcke	aus schw.-weiß kariert. Stoff., neuester Machart, teils mit aufgesetzten Taschen	**4.80**	5.75 8.50	6.50 9.25
Elegante Röcke	aus schwarzen u. blauen Kammgarn- und Cheviotstoffen, moderne Formen	**6.75**	8.50 11.75	9.75 14.50
Sommer-Röcke	aus weiß. oder bastfarbenem Leinen-, Rips- u. Kräuselstoff, neueste Machart	**2.50**	2.95 4.45 bis	3.50 12.00

Sommer-Jacketts

aus Covertcoat, modernen kleingemusterten und schwarz-weiß karierten Stoffen, kurze und halblange Formen

10.50 16.50 19.50 bis **38.00**

Sommer-Kleider

entzückender Machart weiß und farbig in Voal und Musseline

9.75 10.50 12.75 bis **48.00**

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Lübeck Holstenstraße 25/33

2571

Für das Pfingstfest

empfiehlt in großer Auswahl noch zu billigen Uebergangspreisen:

Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Knaben-Anzüge
Knaben-Waschblusen
Herren-Wäsche
Strohhüte
für Herren und Knaben.

J. H. Pein
Am Markt. 2557

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 3. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Mitteilung des Vorstandes.
2. Die gegenwärtige Lage im Brauergewerbe.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht

2570) **Der Vorstand.**

Achtung! Holzspeditionsarbeiter!

Versammlung

am Sonnabend, dem 3. Juni
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige Situation in unserer Branche.

2562) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
D. O.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg.

heute Freitag, den 2. Juni
abends 8¼ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).

Um zahlreiches Erscheinen bittet

2566) **Der Vorstand.**

Preiswerte Konfektion

Kaufen Sie jetzt Ihren Bedarf. 2578

Herren-Anzüge	24.00	29.00	36.00	42.00	48.00
Jünglings-Anzüge	18.00	22.00	28.00	32.00	36.00
Damen-Kostüme . . .	20.00	26.00	34.00	39.00	42.00
Damen-Mäntel	16.00	21.00	28.00	32.00	35.00

Unsere Spezialität:
Blaue Herren-Anzüge 30.00 36.00 42.00 48.00 56.00

Ehlers & Reetwisch.

Holstenstr. 1. St. Petri 2/4.

Sozialdemokratischer Verein.

Morgen, Sonnabend, den 3. Juni
abends 8½ Uhr 2573

Mitglieder-Versammlung

im grossen Saale des Gewerkschaftshauses
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. **Die neuen Reichssteuern.**

Referent:

Reichstagsabgeordn. Genosse Wilhelm Keil-Stuttgart.

2. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um das Erscheinen aller Mitglieder, besonders auch der Frauen, ersucht

Der Vorstand.

Am Eingang des Saales sind die Mitgliedsbücher vorzuzeigen.

Nr. 128
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag,
den 2. Juni 1916

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten".)

Die neuen Steuervorlagen im Reichstag.

Die hohen Wogen, in denen am Dienstag anläßlich der Zensurdebatte die Verhandlungen des Reichstages emporgebrandet waren, glätteten sich am Mittwoch einigermaßen, da ein der Natur der Sache nach weit trockenerer Gegenstand auf der Tagesordnung stand: Die neue Steuervorlage. Nur einmal gab es noch etwas wie einen Nachklang, als Genosse Bernstein in seiner Rede darauf hinwies, daß alle neuen Steuern wenig nützten, wenn im Hause Reden gehalten würden, die unbedingt kriegsverlängernd wirken müßten und damit die Ausgaben ins Ungemessene steigerten. Vizepräsident Dove war freilich bemüht, die Debatten nicht in die Gleise des Vortages zurückkommen zu lassen. — Die Steuervorlage wie sie aus der Kommission an das Haus zurückgekommen ist, ist ein Kompromißprodukt und so war es nur natürlich, daß die Väter des Kompromisses ihr Kind zu verteidigen suchten. Freilich hatte niemand eine rechte Freude daran; von allen Rednern wurden, wie Genosse David treffend bemerkte, nur recht elegische Töne angeschlagen: „wenn je ein Kompromiß den abschließenden kompromittierlich erschien, so dieses. Der Zentrumsredner Herold sprach fast wie ein Kommissionsberichterstatter. Der Fortschrittler Wiemer trat auf als der Fortschrittsmann mit dem schweren Herzen, der eigentlich nicht zustimmen möchte, aber doch zustimmt. Die Kommissionsberatungen erscheinen ihm wie ein umgekehrter Jungbrunnen, in den die Vorlage des Wehrbeitrages wie eine blühende Jungfrau hereingestiegen und aus dem ein schrumpeliges Weib herausgekommen ist. Herr Wiemer will diese alte Hexe aber dennoch heiraten. Dem nationalliberalen Abg. Keinath bereitet die doch gewiß milde Besteuerung des Kriegsgewinns noch Sorgen, er verteidigt die Kriegsgewinne mit der Möglichkeit späterer Verluste. Die Konservativen ließen gar ihre Zustimmung zu dem Kompromiß durch einen Gegner erklären, den Grafen Westarp, der mit einer Minderheit seiner Freunde dagegen stimmen will, weil die kleinen Verbesserungen der Vermögensbesteuerung, die die Kommission gegenüber der Regierungsvorlage durchgesetzt hat, bereits ihrem konservativen Steuergewissen zu weit gehen. Alles, was man aus den früheren Steuerdebatten, den Kämpfen um den Wehrbeitrag usw. aus konservativem Munde über die nicht anzutastende Finanzhoheit der Einzelstaaten, die Schonung des Besitzes und dergleichen zu hören gewohnt war, konnte man jetzt aus dem Munde des Grafen Westarp wieder hören: Und auch die Mehrheit der konservativen Fraktion stimmte diesen Ausführungen im Prinzip zu, sie will nur im jetzigen Augenblick nicht als Steuerverweigerer erscheinen. Demgegenüber übten die Redner der beiden sozialdemokratischen Fraktionen von ganz anderer Seite Kritik an dem Steuerkompromiß, das, weit entfernt den Besitz übermäßig zu belasten, vielmehr in der Frage der Besitzbesteuerung viel zu zaghaft vorgeht. In einer von starker Sachkenntnis getragenen Rede wies Genosse Stolten darauf hin, daß von einer Neuorientierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik in der Vorlage nichts zu bemerken sei, sie enthält keinen schöpferischen neuen Gedanken. Statt der Wiederherstellung des Wehrbeitrages ist eine „fingierte" Vermögenszuwachssteuer eingeführt. Wenn gegenüber dem Regierungsentwurf in der Vermögensbesteuerung einige Verschärfungen durchgesetzt sind, so ist das wesentlich Verdienst der Sozialdemokratie. Da aber verkehrsfeindliche, indirekte Steuern, namentlich die Umsatzsteuer, nicht verhindert werden konnten, so hat es die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt, dem Kompromiß beizutreten. Genosse Bernstein als Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wies auf das Beispiel der englischen Kriegssteuergesetzgebung hin, die den großen Vermögen viel energischer zu Leibe gehe, was den Staatssekretär Dr. Helfferich zu einer Erwiderung veranlaßte. Schon vordem hatte dieser seine Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen ausgesprochen, dabei allerdings mit etwas kühner Dialektik an der Theorie festgehalten, daß trotz der Reichsvermögenssteuern die direkten Steuern grundsätzlich den Einzelstaaten gebührten. Demgegenüber konnte Genosse David, der die Ausführungen des Genossen Stolten wirksam unterstrich, treffend darauf hinweisen, daß diese Theorie in der Reichsverfassung keinen juristischen Boden finde, in der Praxis aber durchlöchert sei wie ein Sieb.

Mit einer Rede des fortschrittlichen Abg. Blunck fand die Generaldebatte zur Steuervorlage ihr Ende. Danach nahm das Haus noch die dritte Ergänzung des Besoldungsgesetzes in allen drei Lesungen an, nachdem der Abg. Zubeil namens der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärt hatte, daß seine Freunde das Gesetz annehmen würden, obwohl ihnen die Vorlage der Regierung nicht weit genug ginge. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Mittwoch, den 31. Mai.

56. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Kriegsgewinnsteuergesetzes,

die mit einer allgemeinen Debatte über sämtliche Steuervorlagen verbunden wird.

Abg. Herold (Ztr.): An dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müssen, ändert auch das vorliegende Steuerkompromiß der bürgerlichen Parteien nichts. Wir stimmen diesem Kompromiß natürlich zu und werden Abänderungen nur soweit zulassen, als sie von den Kompromißparteien beantragt werden.

Abg. Stolten (Soz.): Die Steuervorlagen zeigen nichts von dem Geiste der Neuorientierung, sie lassen jeden schöpferischen Gedanken vermissen. Der Reichsschatzsekretär meint, sie bringen steuerliche Gerechtigkeit durch einen Ausgleich der direkten und indirekten Steuern. Er übersieht, daß die indirekten Steuern die kleinen Einkommen weit stärker belasten, daß sie also geradezu progressiv nach unten wirken, daß also von einer Gerechtigkeit keine Rede sein kann, selbst wenn zahlenmäßig ein Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern bestände. Aber auch das ist nicht einmal der Fall. Die Postzuschläge werden außerordentlich hemmend in den Verkehr eingreifen. Es ist zwar ihre Aufhebung nach Beendigung des zweiten Jahres nach Friedensschluß versprochen, aber wie wenig solche Versprechungen eingehalten werden, sehen wir ja an der Zuckersteuer. Die Umsatzsteuer wird letzten Endes auch von den Verbrauchern getragen und charakterisiert sich daher als eine Gewerbesteuer der bedenklichsten Art. Allgemein wollte man aus den Besitzsteuern mehr herausholen, aber während wir Sozialdemokraten dadurch die Verbrauchs- und Verkehrsabgaben beseitigen oder doch erheblich beschränken wollten, verlangten die bürgerlichen Parteien die Vermehrung der Besitzsteuern nur, damit die Erhöhung der Verkehrs- und Verbrauchssteuern gerechtfertigt erscheinen könnten. Auch sollen die Steuern auf den Besitz ja nur einmalige sein, während die Verbrauchs- und Verkehrsabgaben dauernd sein werden. Anzuerkennen ist, daß die Kriegsabgabe in der Kommission eine wesentliche Verstärkung erfahren hat. Das Hauptverdienst hieran dürfen wir uns zuschreiben. Der Satz von 50 Prozent für die Kriegsgewinne, der vollkommen gerechtfertigt wäre, ist leider nur für die allergrößten Millionengewinne vorgesehen und auch da nicht einmal ganz, bei 20 Millionen kommen erst 24 Prozent in Frage. Der Grundgedanke der Regierungsvorlage, auch das Mehreinkommen höher zu besteuern, war durchaus richtig. In der ersten Lesung der Kommission hat man auf diesen Gedanken weitergebaut. Außerdem wurde eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages beantragt, um auch die großen Einkommen und Vermögen zu den Kriegslasten heranzuziehen, die keine besonderen Kriegsgewinne gemacht haben. Das Versprechen der Regierung, den Wehrbeitrag nicht noch einmal zu erheben, ist zu einer Zeit gegeben worden, als von diesem Weltkrieg noch keine Rede war. Unter den jetzigen so gänzlich veränderten Umständen, auf dies gegebene Wort Bezug zu nehmen, scheint mir durchaus hinfällig. An Stelle des nochmaligen Wehrbeitrages ist nun die fingierte Vermögenszuwachssteuer gekommen. Der ursprüngliche Gedanke der schärferen Erfassung der Kriegsgewinne ist bei den Kompromißverhandlungen fallen gelassen worden. Aller Vermögenszuwachs soll von den erhöhten Steuersätzen gleichmäßig erfaßt werden. Der bösartigste Kriegswucherer wird nicht schärfer herangezogen, als derjenige, der sich in der Kriegszeit mit seiner Familie Entbehrungen auferlegt hat, um auch in dieser Zeit noch für die Sicherstellung seines Alters etwas zurücklegen zu können. Für kleine Verhältnisse ist durch eine besondere Bestimmung eine gewisse Milderung vorgesehen. Entscheidend bei den Kompromißverhandlungen ist offenbar der Einspruch der einzelstaatlichen Finanzminister gewesen. Der Kompromißbeschluß bedeutet den Rückzug vor der dualistischen Finanztheorie, wonach die Besteuerung von Einkommen und Vermögen den einzelnen Bundesstaaten vorbehalten werden muß. Aber gegenüber der ungeheuren Aenderung der Verhältnisse wird diese Finanztheorie auf die Dauer doch nicht aufrecht erhalten werden können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß sind die Lasten der Bundesstaaten durch den Krieg erheblich vermehrt worden. Das bedingt aber nicht, daß man den Einzelstaaten es auch in Zukunft völlig überläßt, mit diesen Verhältnissen völlig fertig zu werden. Nach dem Kriege wird vielmehr eine allumfassende und zusammenfassende Regelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfolgen müssen. Das Reich als der kriegführende Teil ist verpflichtet für die Ausgaben der Einzelstaaten, aus Anlaß des Krieges aufzukommen. Die direkten Steuern werden dann unter Führung des Reichs in verständiger Weise ausgebaut werden müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Lösung dieser Aufgabe wird sehr viel schwieriger als alles, was der Reichsschatzsekretär bisher geleistet hat. Aber ohne ihre Durchführung werden wir nicht zu erträglichen Verhältnissen kommen. Gerade deshalb ist das jetzige Zurückweichen vor dem Widerspruch der Finanzminister gegen die Ausdehnung der direkten Reichssteuern sehr verhängnisvoll. Würde der Reichstag den nochmaligen Wehrbeitrag beschließen, so würde die Regierung daran die Vorlage nicht scheitern lassen können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie würde sonst beweisen, daß sie für die politischen Wirkungen dieser Vorlage im Volke sehr wenig Verständnis hat. Der Reichstag ist gewissermaßen der Vermögensverwalter der Steuerzahler, die ihn gewählt haben, und hat deshalb ein viel höheres Recht, als die Regierung, über die Gestaltung der Steuern zu bestimmen. Die Steuern werden doch aus den Taschen der Steuerzahler und nicht aus dem Portemonnaie der Regierung bezahlt. Der Reichstag sollte noch in letzter Stunde sich nicht abhalten lassen, seinen Willen durchzusetzen. Deshalb haben wir die Wiederherstellung des Wehrbeitrages nochmals beantragt. Dieser Wehrbeitrag ist unendlich viel vernünftiger als das Monstrum der Vermögenszuwachssteuer der Vorlage. Die Konstruktion dieser Vermögenszuwachssteuer in Fällen, wo in der Tat kein Vermögenszuwachs, sondern ein Vermögensverlust vorhanden ist, ist ebenso lustig wie lustig. Es ist eine Fehlgeburt, deren Vater der Abscheu der Finanzminister vor der Reichsvermögens- und Einkommensteuer ist. Es wird hier die alte Kalenderregel in das Steuerwesen übertragen: „Matthies macht's Eis, find' er keins, macht er eins." (Heiterkeit.) Durch diesen Beschluß ist ein völliger logischer Widerspruch in das Gesetz gemacht. Die ganze Kriegsabgabe beruht auf der Voraussetzung eines erheblichen Vermögenszuwachses. Daraus sollen ihre Erträgnisse fließen. Andererseits wird aber ein Vermögensverlust von 10 Prozent nach den weiteren Beschlüssen als das Normale betrachtet, denn es heißt, wer weniger als 10 Prozent verloren hat, ist verpflichtet, eine besondere Steuer zu zahlen. Da fehlt, wie gesagt, jeder logische Zusammenhang. Es kommt hinzu, daß nach dieser Steuerregelung auch Millionenvermögen von dieser Sondersteuer frei bleiben, wenn sie vielleicht 12½ Prozent verloren haben. Für den Fall, daß Sie, wie wir fürchten, unsern Antrag auf Wiedereinstellung des Wehrbeitrages ablehnen, haben wir beantragt, wenigstens bei der vorgesehenen Steuer, bei dem höheren Vermögen auch höhere Sätze einzufügen. Ein weiterer großer Mangel der Vorlage ist die Freilassung der Erbschaften von der Kriegsabgabe. Bei dem großen Bedarf des Reiches müssen alle nur denkbaren Steuerquellen, die das Reich hat, herangezogen werden. Die Erbschaftssteuer muß zu einer ergiebigen Einnahmequelle für das Reich gemacht werden. Dabei haben wir durchaus Verständnis für das Verlangen, daß die nahen Verwandten für die im Krieg Gefallenen nicht noch mit Steuern belästigt werden. Wohl aber müssen die lachenden Erben herangezogen werden. Es bietet sich gerade jetzt die einzige Gelegenheit, die Erbschaften von entfernten Verwandten zur Steuer heranzuziehen. Nach dem Krieg wird sich dann die Gelegenheit, die Erbschaftssteuer weiter auszubauen, von selbst ergeben. Jedenfalls darf man jetzt nicht an einer Gelegenheit vorübergehen, wo das Geld sozusagen auf der Straße liegt. Die Kriegswucherer und Kriegslieferanten haben durch die Vorlage eine angenehme Enttäuschung erlebt und auch nach den Verschärfungen in der Kommission werden sie noch viel billiger davon kommen, als sie vorher

---

Der Werwolf.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

82. Fortsetzung.

„In mein Land, in mein Schloß?"

„Und Mutter sagte: das wäre ihre glücklichste Lebensstunde. Aber dann lief ich fort, sie wollte den bösen Mann zu mir bringen."

„Ist er noch da?"

„Vater, Vater! greif nicht so an den Dolch. Wohin willst du? Du willst Muttern erschrecken, geh' nicht so zu ihr."

Joachim hielt einen Augenblick an, seine Finger preßten sich krampfhaft um die Lehe des Stuhles, der einen Augenblick wie eine Feder in der Luft schwebte; der Arm schien nicht die Last des schweren Eichensessels zu merken. Erst als er dröhnend niederfiel, erwachte er aus seiner Betäubung. Er riß an der Klingelschnur, und der Marschall Bredow trat ein; der Herr hatte ihn ja erst auf morgen entlassen: „Die Tore doppelt umstellt," hastete er ihm ins Ohr, „alle Pforten, Gänge, Treppen. Der Tod, wer einen Fremden durchläßt. Es soll niemand hinaus!"

Die kleine Lisbeth zitterte und weinte, als der bebende Mann sie in seinen Armen hielt, als seine Fragen wie ein Regenguß sie überströmten und er ihre scheuen Antworten doch nur halb hörte. Wäre sie doch nicht zu ihm geflohen; der Mann aus Wittenberg war nicht halb so schrecklich als heut' der Vater! Er stieß die Tür auf und riß sie durch den dunklen Gang. Warum mußte er das einem Kinde zeigen!

„Mein Herr und Heiland, was ist meinem Gemahl!" Die Kurfürstin hielt sich an dem Tisch.

„Was ist meinem Gemahl? — Was ist's? — Warum schwarz? — Warum? — Warum nicht den Mut, mir ins Aug' zu schauen?"

„Ist das nicht ein Haus der Trauer, wo die Gattin kein Recht hat zur Freude?"

„Hinaus die müßigen Gesichter. — Nein! bleibt ihr alle. Keiner rühre sich von der Stelle. Wer war hier?"

„Um Christi willen, blickt nicht so."

„Wer war hier?"

„Niemand, Euer Liebden, vor dessen Angesicht ich erröten müßte."

„Aber zittern! Was schlug die Bredow die Schranktür zu?"

„Durchlauchtigster Herr," sprach Eva, wenn es einen Scherz galt, eine Ueberraschung, bedenkt, wir sind nicht allein —"

„Um Heimlichkeiten hinter meinem Rücken zu brauen, nein, ich sehe alles!"

Mit einem raschen Griff hatte er Eva das schwarze Priestergewand aus der Hand gerissen, welches sie hinter ihrem Rücken vergebens sich bemüht hatte, zwischen dem Schrank und einer Lade zu verbergen.

„Das ist nur die Hülle." — Ein Basiliskenblick traf die Kurfürstin. „Wo ist der Kern der Sünde?"

Elisabeth wankte; sie rang umsonst mit der Sprache.

„Gnädigster Herr," rief Eva und wollte Joachims Hand fassen. „Hier ist niemand, so wahr und gewiß, Ihr seid im Irrtum. Vorhin war ein weitläufiger Blutsfreund hier, den ich der Gnade meiner Kurfürstin empfehlen wollte; aber der ist längst fort."

Er schleuderte ihre Hand weg: „Schlange! — Den Schrank auf, Dolzig — den Schrank auf der Stelle; oder soll mein Fuß ihn eintreten!"

Eva war auf die Knie gesunken, sie wollte seine Füße umklammern: „Herr und Kurfürst! bedenkt, wo Ihr seid."

„Dein Kind, Joachim, deine Tochter ist Zeugin!" rief die Kurfürstin, die sich ermannt hatte.

Er hatte nicht Aug', nicht Ohr. Der Schrank sprang auf; ob von der Dröhnung, da er in der Hast nur schlecht verschlossen worden, ob Dolzig ihn geöffnet, ob der Fuß des Kurfürsten dagegen geschmettert, wer weiß es! Verwirrung und Angst waren zu groß. Der Mann, den er suchte, war nicht drinnen, aber beim Schein des Armleuchters blitzte der silberne Kelch, dessen Gestalt an sich selbst zum Verräter ward. Er hielt ihn der Kurfürstin entgegen: „Trankst du daraus?"

„Des Erlösers Blut!" entgegnete Elisabeth mit fester Stimme, und hatte sich wieder zu ihrer ganzen fürstlichen Haltung erhoben: nur demütig senkte sie das Haupt vor dem heiligen Gefäß auf die über der Brust gekreuzten Hände.

„Es wär' dir besser, du hättest Gift daraus getrunken, Weib! — Christ! Heiligster Gott! bin ich noch Fürst in meinem Lande, Herr noch in meinem Haus! Wer reichte dir den verbotenen Trank?"

Der Becher zitterte in der Hand des Fieberkranken, das noch gefüllte Gefäß drohte überzulaufen, oder es träufte wirklich schon; in dem Augenblicke fiel ihm Elisabeth in den Arm: „Es ist sein Blut, du verschüttest es. Wahre dich, Joachim, vor der Todsünde, daß du einen Tropfen mit Füßen trittst."

Und bevor er sich's versah, hatte die schwache Frau, mit beiden Händen zugreifend, ihm den Kelch entrissen. Sie hielt ihn hoch in die Höh', wie der Priester beim Hochamt: „Ich freue mich und preise den Herrn, und lobsinge ihm meine Seele, daß ich endlich in evangelischer Weise das heilige Abendmahl genossen. Gott stärke mich ferner, wie er mich gestärkt hat, daß ich seine reine Lehre bekenne vor allem Volk und nach seinem wahren Evangelium lebe hier und immerdar."

Eva und der Junker Hans Holzig hatten sich dem Fürsten genähert. Sie wollten ihm in den Arm fallen, denn seine Blicke, seine Bewegungen ließen das Aeußerste befürchten; seine Rechte hatte nach dem Dolch gefaßt, aber fehlgreifend, preßte sie den Saum des Wamses und schien es nicht zu merken. Es war ein Starrkrampf, der ihn festhielt; die vereinten Kräfte der Anwesenden hätten es nicht vermocht. Elisabeth hatte das biblische Gefäß auf die Mitte des Tisches gestellt; dann trat sie ihm entgegen: „An dem versündige dich nicht, denn es steht über dir; an mir laß deinen Zorn aus, wenn du Mut hast, denn ich bin dein Weib und unter dir, und schwör's zu Gott und seinem Sohne, ich will eine reine Bekennerin bleiben, und sei's unter Fesseln und Foltern; ich will beten früh und spät für dich, daß die Nebel des Irrtums und der Sünde von deiner Stirne sinken und das Licht dir aufgehe der allein wahren Lehre vor deiner Todesstunde!"

Sie war wie eine, die ihr Urteil erwartet, auf die Knie gesunken, als die kleine Lisbeth sich um ihren Hals schlang: „Mutter, Mutter, geh' fort, er bringt dich um!"

Die Mutter konnte nicht den warmen Druck des Armes, den Kuß nicht erwidern, den die Kleine ängstlich auf ihre Lippen drückte, als der Starrkrampf des Kurfürsten wich. Seine Hände ballten sich und schlugen wie Hämmerwerke unwillkürlich gegen die Brust, während der Schaum auf seinen bebenden Lippen stand: „Schlangenbrut unter meinen Sohlen, Aufruhr in meinem Blute. — Und keiner — keiner hinderte es! — Ein Komplott aller. Bin ich ein Kind, mit dem man spielt, ein Wahnsinniger? — Seh' ich recht? Ist das mein Weib, Elisabeth, meine erste Untertanin, und sie zuerst schlägt ihrem Herrn ins Gesicht vor allen, und keiner springt vor! — Was ist denn ein Fürst! Ich bin noch ich, noch Joachim. Was ist diese Ketzerbrut, das Rattergezücht, besser als der Adel, und seine Köpfe rollten vom Schafott, und ihre Drohungen blieben hohle Windblasen. Die Köpfe sollen wieder rollen, das Blut fließen — keiner ist zu hoch —"

„Um Gottes willen, keine Widerrede, nicht jetzt," hatte Hans Dolzig der Fürstin zugeflüstert, in deren Augen der Mut funkelte. Eva aber hatte das Kind aufgerissen und hielt es dem Vater entgegen! „Sag' ihm, Lisbeth, daß du ihr Blut bist, bitte ihn um die Jungfrau Maria, daß er sein Blut schont, die Ehre seines Hauses."

„Die Jungfrau wird bös werden", sprach die Kleine, ängstlich an des Vaters Halse.

„Die ihr schändet, verlästert! ihren Thron im Himmelreich wollt ihr umstürzen — aber sie lacht eurer Ohnmacht — ihr Thron wird stehen bleiben — nein, euer Blut will sie nicht — aber ich, eingesperrt, vertrocknet, ummauert soll der Frevelwahnsinn werden, zum erschreckenden Beispiel — sie ist nicht mehr mein Weib — in ein Kloster die Verräterin — Sonne und Mond soll sie nicht bescheinen — in das allerstrengste o es ist keins streng genug — singen soll sie nicht mit den frommen Nonnen — ihre Frömmigkeit Empörung — sie soll keinen Singvogel hören, der Gottes Lob singt, kein Atem seiner Luft soll sie anwehen, kein grünes Blatt ihr sagen, daß Frühling wird. Seine aberwitzigen Schriften will ich durch das Loch in ihre vermauerte Zelle werfen, daran mag sie sich erquicken. — Ich schwör's, ich hab's geschworen, ich schwör's noch mal, einen heiligsten Eid beim Kruzifix des Sohnes — ich, Joachim von Brandenburg —"

„Herr Christus!"

(Fortsetzung folgt.)

angenommen hatten. Immerhin bietet die Kriegsgewinnsteuer eine nicht unwesentliche Belastung des Gewinnes und deshalb erscheint sie uns immerhin viel annehmbarer als die weitere Anzapfung der Steuerquellen, aus denen das Reich bisher seine Einnahmen gedeckt hat. Der ungeheure Bedarf des Reiches macht es dem Besitz zur unausweislichen Pflicht, tief in den eigenen Beutel zu greifen. Wenn wir den Feind im eigenen Lande hätten, würden gerade die Villen der Besitzenden zerstört und ihre Reichtumsquellen verschüttet worden sein. Die ungeheuren Opfer der Massen draußen haben die Besitzenden vor diesen Verlusten bewahrt. Mit diesen ungeheuren Opfern kann keine noch so hohe Steuer der Besitzenden irgendwie in Vergleich gestellt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Statt Verluste zu erleiden, haben die Besitzenden noch zum Teil Millionen- und Milliardengewinne gemacht, während auf der anderen Seite Hunderttausende Leben und Gesundheit geopfert oder durch den Krieg in ihrem Erwerbsleben ruiniert worden sind. Was will es diesem unsagbaren Unglück gegenüber bedeuten, wenn Leute, die im Kriege ihr Vermögen erhalten oder gar noch vermehrt haben, einige Prozent mehr bezahlen müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Umsoweniger wäre es angebracht, gefährliche Steuerexperimente zu machen, die schon in naher Zeit zu einem Hemmschuh für unsere wirtschaftliche Entwicklung werden können, wie das bei der Tabaksteuer, den Verkehrsabgaben und besonders der Umsatzsteuer zutrifft. Es besteht keine zwingende Notwendigkeit, zu diesen Belästigungssteuern zu greifen. Wir lehnen diese Steuern unter allen Umständen ab und werden mit gutem Gewissen dafür draußen vor allem Volke die Verantwortung übernehmen. Der Reichsschatzsekretär sagte in der Kommission, das Volk verstehe, in welcher Lage sich das Reich befindet. Gewiß, aber es wäre nur zu wünschen, daß auch die Regierung besser verstünde, in welcher Lage sich unser Volk und unsere Volkswirtschaft befinden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Stimmen Sie unseren Anträgen zu, das wird bei den Massen mehr Anklang finden als die Kompromißvorschläge. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Es läuft ein Antrag Schneidemann auf namentliche Abstimmung über die Anträge Albrecht und über das gesamte Kriegsgewinnsteuergesetz ein. Auf Vorschlag des Präsidenten werden die Abstimmungen auf Freitag nachmittag vertagt.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.): Ich bedaure, daß es nicht gelungen ist, alle Parteien des Reichstages zur Verständigung über die Steuergesetze zu bringen. Die Verständigung mit der Sozialdemokratie scheiterte leider an der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit über die indirekte Steuer. Ohne indirekte Steuern war aber die Steuervorlage nicht zu machen. Der Grundsatz: Dem Reich die indirekten Steuern, den Einzelstaaten die direkten, kann nicht aufrecht erhalten werden, es muß nach dem Kriege eine großzügige Steuerreform kommen, bei der es heißen muß „Das Reich voran". Die Besitzsteuer entspricht nicht unseren Wünschen, die Steuerkommission war ein umgekehrter Jungbrunnen, als blühende Jungfrau kam die Besitzsteuer hinein und als verschrumpeltes altes Weiblein heraus. (Heiterkeit.) Aber jetzt kommt es wirklich nicht auf die äußere Gestalt an, sondern auf das finanzielle Ergebnis und das ist keineswegs so gering, wie es Herr Stolten dargestellt hat. Sehr schwer ist uns ja die Zustimmung zu den indirekten Steuern geworden, aber nachdem wir die Ausgaben bewilligt haben, müssen wir auch für die Einnahmen sorgen. (Beifall bei der Vp.)

Abg. Reinartz (Natl.): Mit einem Kompromiß kann natürlich niemand restlos zufrieden sein. Jedenfalls sind die indirekten Steuern keineswegs einseitig herangezogen, die Belastung des Besitzes ist eine außerordentliche gewesen. Die gesamten Verhandlungen bestätigen das Zusammen, das auch nach dem Kriege eine gesunde Steuerreform gewährleisten wird. (Beif. bei den Natl.)

Abg. Graf Westarp (K.): Wir halten an dem Grundsatz fest, daß die direkte Besteuerung der Vermögen und Einkommen den Einzelstaaten überlassen bleiben muß, denn ihre finanzielle Selbständigkeit ist die Grundlage ihrer staatlichen Selbständigkeit. (Zustimmung rechts.) Die Wiederholung des Wehrbeitrages wünschen wir abgelehnt. Die Wiederholung hätte sehr leicht zu seiner Vereinigung geführt. Auch die geplante Ergänzungsabgabe hätte einen Eingriff in das Recht der Einzelstaaten bedeutet. Besser wäre es gewesen, die Regierung hätte an ihrer ursprünglichen Vorlage festgehalten. (Sehr richtig rechts.) Wir können die Verantwortung für dies Kompromiß nicht übernehmen und nur ein Teil unserer Freunde wird daher für das Kriegssteuergesetz stimmen. Dagegen werden wir in den Einzelheiten für entsprechende Erleichterungen der Unternehmen- und Vermögensbesitzer stimmen. Auch diejenigen unserer Freunde, die unsere Verwerfung der besonderen Anträge für das Kompromiß stimmen werden, geben den Grundsatz nicht auf, daß auch in Zukunft eine Grundbesitzabgabe zwischen der Zwangsgemeinschaft des Reiches und der Einzelstaaten nicht entstehen soll. (Sehr richtig! rechts.) Erleichtern wird unseren Freunden diese Zustimmung, weil die beschlossene Steuer nur eine einmalige und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kriege steht. Der Tabakbesteuerung stimmen wir ohne besondere Begeisterung zu. Bei der Tabaksteuer aber ist uns die Kommission der Sitz des unbeschränkten Tabakbaus. Eine Verschlechterung unserer Zustimmung ist unmöglich, daß das Kompromiß für uns nicht ganz befriedigend ist. — Ein Unikum ist es, daß der Reichstag 300 Millionen über die Forderung der Regierung hinaus bewilligt hat. Es ist das in der Geschichte noch nicht dagewesen, daß die Summe der Ausgaben auf dem Wege der ordentlichen und außerordentlichen Vorlagen [illegible] (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ein tiefes Kompromiß gibt es natürlich nicht, denn es liegen im Wesen eines Kompromisses, daß jeder, der daran beteiligt ist, von seinen Zielen etwas opfern muß. Auch die verbündeten Regierungen bedauern, daß eine tiefere Lösung der Steuerfragen hier nicht zustande kommen. Wenn die Regierung trotzdem dem Kompromiß zugestimmt und dabei für unbedingte Opfer ihrer Ueberzeugung und ihrer einzelstaatlichen Interessen entweder haben sie nur sie zu bekämpfen der Wille, die Vorlage, von deren Zustandekommen sie [illegible] sind, zu unserer Verabschiedung zu bringen, und den Reichstag für die Vorlage in einer möglichen Gestalt zu verpflichten. Die Mehrheit muß und muß eben kommen. Erleichtern wird uns die Zustimmung dadurch, daß in den Erklärungen und von denen, die am meisten unter der Besteuerung [illegible] erklärten, [illegible] sie das eine unerläßliche Bedingung der Grundlage auf dem Steuergebiete zwischen Reich, Einzelstaaten und Kommunen nicht beabsichtigt werde. Die Reglung der grundsätzlichen Fragen bleibt der Zukunft vorbehalten, die wollen wir jetzt nicht auskämpfen. Ich bin mir klar darüber, daß darüber noch große Kämpfe geführt werden müssen. Aber dann werden wir keinen äußeren Feind haben, dann sind wir unter uns. Heute nicht, heute haben wir bei allem, was wir sagen, auf das Rücksicht zu nehmen, was außerhalb unserer Grenzen und hinter unseren Fronten vorgeht. Im Gegensatz zum Vorredner habe ich doch aus den Verhandlungen nach bestem Gewissen die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt der Ablehnung eines jeden Kompromisses gestellt und an ihrer Vorlage festgehalten hätte, die wahrscheinliche Folge die Gefährdung der gesamten Vorlage, jedenfalls ihre Verstümmelung in einer Weise gewesen wäre, daß die Erreichung ihres Zweckes vereitelt worden wäre. Auch glaubten wir die Gefahr vermeiden zu müssen, bis zur dritten Lesung stets mit Zufallsmehrheiten in so wichtigen Fragen kämpfen zu müssen. Ich weiß nicht, ob das Geschehenlassen einer solchen Situation mit der Gesamtlage, in der wir uns befinden, in Einklang gestanden hätte. Diejenigen Herren, die heute gegen das Kompromiß stimmen, haben das beruhigende Bewußtsein, daß damit das Zustandekommen der Vorlage nicht gefährdet ist. Für die verbündeten Regierungen aber handelt es sich darum, ob sie einen Beschluß fassen sollten, der das Scheitern der Vorlage bedeutet hätte. Daher glaube ich, daß sie mit der Zustimmung zum Kompromiß, so schwer sie ihnen gefallen ist, doch das Richtige getroffen haben. Die Annahme des Wehrbeitrages war für uns absolut unannehmbar, schon mit Rücksicht auf die frühere Erklärung. Die verbündeten Regierungen sind nicht gesonnen, ein Wort, das sie gegeben haben, in dieser Weise entwerten zu lassen. (Oho! bei den Soz.; Zuruf: Selbst wenn ein Weltkrieg kommt.) Es gibt auch im Weltkrieg andere Möglichkeiten! (Zuruf bei den Soz.: Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist auch versprochen!) Der Wehrbeitrag war auch materiell unannehmbar, weil er keine Rücksicht nahm auf die Veränderung der Substanz des Vermögens nach unten. Im Gegensatz dazu ergreift der Kompromißvorschlag nur die Vermögen, die sich vermehrt haben, die intakt geblieben sind oder die höchstens um 10 Prozent geringer geworden sind. Diese Beschlüsse passen sich den Kriegszuständen an und tragen in ihrer eigenen Struktur einen Schutz gegen Wiederholungen. Die Vorwürfe der äußersten Linken dagegen, daß auch noch indirekte Steuern beschlossen worden sind, sind völlig unberechtigt. Das deutsche Reich besteht nicht nur aus dem Reich selbst, sondern auch aus Einzelstaaten und Kommunen und aus dieser Entwicklung hat sich der Grundgedanke ergeben, daß die indirekten Steuern dem Reich, die direkten den Einzelstaaten und Kommunen gehören. Trotzdem hat ja schon das Reich auch den Weg der direkten Besteuerung beschritten; aber eine weitere Ausdehnung dieser direkten Steuern wünschen die verbündeten Regierungen nicht und werden sie zu verhindern wissen. Daß der Reichstag den formellen Ertrag der Steuern noch erhöht, ist ein Ruhmesblatt für ihn, er hat sich damit um den Dank des deutschen Volkes verdient.

Abg. Mertin (Deutsche Fraktion) erklärt, daß auch seine Freunde zum größten Teil dem Kompromiß beistimmen.

Abg. Bernstein (Soz. A.): Wir haben keinen Anlaß, unseren prinzipiellen Standpunkt gegenüber den indirekten Steuern aufzugeben. Eine auf indirekten Steuern beruhende Steuerpolitik wäre höchstens in einem kapitalschwachen Lande verständlich, nicht in dem kapitalstarken Deutschland. Jeder Kriegsgewinn müßte fortgesteuert werden, denn von diesem Unheil soll niemand materiellen Vorteil haben. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen nicht, daß es Leute gibt, die vom Kriege Vorteil haben, deren Weizen blüht, je länger der Krieg dauert. Je länger der Krieg sich hinzieht, desto mehr wächst das Kapital, der Krieg hat durchaus eine plutokratische Tendenz. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Deshalb brauchen wir eine soziale Steuerpolitik. Zum Frieden kommen wir nicht, weil die Vertreter der Regierung und der herrschenden Parteien sich selbst den Weg dazu verrammeln. Wir würden schnell zum Frieden kommen, wenn alle Regierungen in den führenden Ländern zurücktreten und die Sache den Sozialdemokraten überlassen würden. (Präsident Dr. Kämpf: Sie können die Debatte von gestern heute nicht fortsetzen.) Nur bei der Sozialdemokratie ist auch der Wille für eine gerechte Steuergesetzgebung vorhanden. (Bravo! bei der Soz. A.)

Staatssekretär Dr. Helfferich betont gegenüber einer Aeußerung des Abg. Bernstein, daß die Steuern in England bedeutend höher seien als bei uns. Herrn Dittmann mußte ich gestern sagen, er spreche wohl im englischen Parlament. Herr Bernstein scheint geglaubt zu haben, er wäre in Zimmerwald. (Heiterkeit. Unruhe bei der Soz. A.)

Abg. Dr. Seyda (Pole): Trotz aller Ungerechtigkeiten, die gegen uns verübt werden, werden wir in der jetzigen Zeit dem Reich die Mittel nicht versagen und daher für das Kompromiß stimmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Gerade im Interesse der Einzelstaaten und Kommunen fordern wir eine Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung. Gewiß gibt es eine Grenze für die Belastung des Besitzes. Wir sind aber noch lange nicht erreicht. Die vorgeschlagenen indirekten Steuern müssen verärgernd wirken, sie sind eine unwirtschaftliche Geldausgabe. Wenn je, so ist dieses Kompromiß bedauerlich, das der Regierung sogar noch eine Zugabe gebracht hat. Die Parteien hätten sehr wohl auf dem Boden der ersten Lesung der Kommission bestehen können, die Regierung hätte die Verantwortung nicht übernehmen können, an dem Widerstand der Steuern scheitern zu lassen. Zu einem „Nie wieder" in Steuerfragen hat die Regierung gegenüber dem Reichstag gegenüber überhaupt kein Recht. Den Antrag Bernstein, den Besitzenden Kriegsgewinn wegzusteuern, müssen wir ablehnen. Er ist bureaukratisch nicht durchführbar und würde außerordentliche Härten auch für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und eine ganze Reihe von Arbeitern mit sich bringen. — Die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes ist durch diese Steuervorlage nicht entzogen, die äußere Geschlossenheit wird das Volk bewahren und seine vaterländische Pflicht erfüllen, nicht wegen, sondern trotz dieser Steuern. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Flaig (Wp.): Im Ausschuß hat Bernstein alle Steuern verneinend; jetzt bringt er wieder einen Steuerantrag, er erscheint also wieder als Revisionist. (Heiterkeit.) Gegenüber den gewaltigen Verschiebungen, die der Krieg bringt, werden wir an alten Steuergrundsätzen nicht mehr festhalten können.

Abg. Bernstein (Soz. A.): Wir wollen keineswegs ausnahmslos jeden Zuwachs wegsteuern, sondern würden im Fall der Annahme unseres Antrages durch Ergänzungsanträge für Ausnahmen sorgen. — Meine Rede wirkt keineswegs verlängernd. Auch unsere Regierung rechnet nur mit den Regierungen, nicht mit den Völkern der anderen Länder. Die Tätigkeit der Völker ist darauf gerichtet, dem Kriegselend sobald als möglich ein Ende zu machen. (Sehr wahr! bei der Soz. A.)

Abg. Dr. David (Soz.): Der Antrag Bernstein sah keine Ausnahmen vor. Deshalb können wir ihn nicht annehmen. Wenn man die Lasten durch Steuern aufbringen will, so muß man dem Reich auch diese Steuern zur Verfügung stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Damit schließt die Aussprache.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Besoldungsgesetz, die Ergänzungen und Aenderungen des Besoldungsgesetzes bringt, welche sich in der Organisation des Reichsdienstes als notwendig ergeben hatten.

Abg. Zubeil (Soz. A.): Die Vorlage geht uns nicht weit genug. Wir stimmen ihr trotzdem zu und behalten uns weitere Anträge zu geeigneter Zeit vor.

Die Novelle wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Anfragen, Rechnungssachen, Fortsetzung der Steuervorlagen.)

Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter. Die Kölner Stadtverordneten beschlossen weitere Teuerungszulagen für städtische Arbeiter, durch die eine Belastung von 643 000 Mk. jährlich eintritt. Ledige erhalten Zulagen von 7,50 Mk. bis 15 Mk. monatlich, Verheiratete ohne Kinder gleichfalls 15 Mk., Verheiratete mit Kindern neben den 15 Mk. noch für jedes Kind 3 Mk. monatlich. Die Einkommenhöchstgrenze für die Auszahlung der Zulage wurde auf 250 Mk. monatlich festgelegt. Die Zulage hat Kraft vom 1. April 1916. — In Bonn wurden die bisher gezahlten Teuerungszulagen um 50 Prozent erhöht.

Aus Nah und Fern.

Mord. In Altenburg wurde die Inhaberin eines Ein- und Verkaufsgeschäfts, die Trödlerin Emma Kaltenleitner ermordet aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um einen Raubmord handelt. Am Tage der Tat war ein unbekannter Käufer im Geschäft, auf den sich der Verdacht richtet.

Wir haben noch alles genug .... Das in Weimar erscheinende Parteiorgan schreibt: Einen recht interessanten Einblick in die Lebensverhältnisse auf dem Lande gibt ein Brief, den uns ein Feldgrauer aus dem Westen sendet. Der Briefschreiber ist ein Landwirt, der sich noch in der Heimat befindet und der einem Angehörigen im Felde über die Lebensverhältnisse daheim unterrichtet. Da der Brief auch aus anderen Gründen noch originell ist, bringen wir ihn unverändert zum Abdruck:

....., den 1ten April 1916.

Lieber Hugo!

Ich habe Deine Karte erhalten, und habe daraus ersehen, daß Du jeden Tag und Nacht in gefahr bist. Wenn Gott will so kommst Du doch wider zu uns nach Hause. Ich muß dir gleig deine frache beantworten, welge Du an Deine Mutter oder Bruter gestellt hast. Remlig, daß es in Deutschland so schlecht währe mit lebensmittel. Denn Du glubt vileigt wir müsten hungerleiden, das ist der Fall nicht. Wir haben führ uns noch alles genuch, das kann sein was es will. Die Städter schreien viehl aber nicht nach Kartoffeln sondern nach Butter Eier und Speck. Diselben wollen nur gute Speisen und führ wenig Geld. Butter kostet das Pfund 1 Mk. 60 Pfg., Eier das Duzent 2 Mk. Speck 2 Mk. 20 Pfg., das ist nicht so wi diselben schreien, dijenigen würten das von den Bauersleuten holen führ wenig Geld. Denn diselben sachen Sie hätten keinen verdienst, diselben hatten schon viehl verdinst und haben uns doch nicht mehr führ unsere Sachen bezahlt. So geschäfte braucheft Du nicht anzuhören denn das ist lauder schwindel. Arbeiten wollen sie aber noch nicht. Also Hugo ich sage Dir wir haben von Alles genuch. Wir sind noch Alle Gesunt und Munter welges wir auch von Dir hoffen. Wir sind jetzt in voller Arbeit mit der Saat, aber das geht bei uns hauch führ Hauch, gutes Fuhrwerk, Gesunte Leute, keinen Zollbreit laßen wir Prachligen. Mache Du Dir Liber Hugo keine getanken denn das geht alles gut bei uns. Wir haben von Alles genuch, wir können Dir jetzt noch gerade so gut wi das vorige Jahr Pakete schiken, Schreibe mir nuhr was Du haben willst daselbe sollst Du sovort haben es mach sein was es will. Ich habe Dir ein Paket mit Butter und Zucker abgeschickt daselbe mus Du doch halt erhalten. Jetzt will ich mein schreiben schließen mit der Hoffnung auf das widersehen.

Gruß August H ..... u. Vamiesie.

Du brauchst disen Brif keinen Städter vorzulegen damit Du keine Haß bekommst.

Der Brief bestätigt, daß die Gefühle vieler Landwirte gegen die Städter nicht gerade freundlich und kriegsbrüderlich sind. Aber die Zeit ist für solche Bosheitspolitik wirklich zu ernst.

Zur Nahrungsmittelversorgung. Die rheinisch-westfälischen Großstädte treffen umfassende Vorbereitungen zur Einführung der Speisegemeinschaft. In Duisburg teilte der Oberbürgermeister in einer Versammlung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen mit, daß man in dieser Stadt zunächst eine Reihe von Volksküchen einrichte, die täglich 4800 Portionen, bei Bedarf aber auch das Dreifache herstellten. In Bonn wurde ein Ausschuß eingerichtet, der die Einrichtung der Speisegemeinschaft durchzuführen hat, ebenso in Minden, wo gleichzeitig eine große Dörranlage für Obst und Gemüse eingerichtet wird.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kriegsküche.
Montag, den 5. d. Mts.: Eröffnung einer neuen Speiseausgabestelle in Groß Kreitlinger Allee 55. Ausgabe [illegible]
Travemünde, den 3. d. Mts. (2569)

Lübecker Sängerschaft.
Heute Freitag abend 8 Uhr:
Siegesfeier auf dem Marktplatze.
Versammlung der Sängerschaft vor der Börse.

Zigarren- und Zigaretten-Lager!
[illegible]
20-25% Ersparnis! Zigarren bei Cent. nur 35 Pfg.
Grundmann, Schützenstraße 18, I. Etage.
Filiale: Hüxstraße 11, Hüxstraße 122.

Kirschsaft . . . . . Fl. 60 ₰
Apfelwein . . . . . „ 50 ₰
Obstkernsaft Zuck. . . „ 70 ₰
Tarel-Essig . . . . . „ 35 ₰
Stein-Essig . . . . . „ 35 ₰
Kartoffelmehl, weiß oder gelb
10-Pfund-Eimer ohne Zucker 1.20 M
Zitronen-Marmelade!!!
5-Pfund-Eimer . . . . 2.45 M
Maisgrieß . . . Pfd. 1.00 M
10 Paf. Puddingpulver 1.35 M
Pfirsiche . . . . Pfd. 1.20 M
Eduard Speck,
Pilgrimstraße 80—82. (2575)

Sonnenblumenkerne
zur Vogelfütterung empfiehlt (2576)
Schulz & Nagel, Mengstr. 19.

Alle garnierten farbigen
Hüte bedeutend ermäßigt.
Mehrere Posten Kinder-Damen-Hüte (2531)
50 ₰ 75 ₰ 1.00 M. 1.50 M. 2.50 M.
Eisleben, Braunstr. 30-32.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

England und die Sperrung der See
Preis 20 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.